zeitung & programm

alhambra

„Befreiung ist ein unmittelbares Bedürfnis, das sich zum Beispiel in dem stillen Wunsch eines jeden Untergebenen konkretisiert, dem jeweiligen Vorgesetzten einmal einen Fußtritt zu verpassen." Johannes Agnoli, 1986

april 04

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt; die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt:

Veranstalltungen im Vorfeld des 1. Mai 3
Alles für Alle, und zwar umsonst-
Deutschland halts maul 4
Wir kriegen nur das, was wir uns nehmen 6
Wunder und Märchen aus Berlin. Agenda 2010 8
Literaturseite I 9
Die neuen Grenzen des Asyls 10
Von Amts wegen anders 14
Hamburg: Henriette und Nazis/
Literaturseite II 18
Partyankündigungen 19
Umbruch in Deutschland 20
Alpenglühen 04: Gebirgsjäger in Mittelwald/
Literaturseite III 26
Konzertankündigung: crush hour 27
Der Meister der Metamorphose 28
NPD-Aufmarsch in Wilhelmshaven/
Literaturseite VI 30
Rechthilfecomix 31

HIP★HOP PARTISAN

Konzert zum 1. Mai in Oldenburg

Das HipHop-Partisan Netzwerk setzt sich aus diversen AktivistInnen zusammen, die sich hier aus unterschiedlichen Beweggründen, sozialen Umfeldern und Regionen zusammenfinden. Uns verbinden HipHop-Kultur und Politik.. Peace & unity!
Angesichts einer HipHop-Szene, in der sich sexistische*, homophobe und nationalistische Tendenzen zunehmend verbreiten, wollen wir eine kritische Kraft aufbauen, durch die eine neue, subversive Bewegung entstehen kann. Ausgrenzendes und diskriminierendes Verhalten, welches in großen Teilen der Gesellschaft alltäglich ist, muss keineswegs im HipHop vorhanden sein. Wir können in unserer Kultur eigene Umgangsformen schaffen. HipHop - it's ours!
Da unabhängige Informationen von den führenden Medien nicht verbreitet und teilweise sogar unterdrückt werden, geht es uns auch um die Berichterstattung politischer Ereignisse. Mit HipHop-Partisan mischen wir uns in die herrschenden Verhältnisse ein. Sowohl in künstlerischer Form als auch in direkter Aktion wollen wir auf Missstände aufmerksam machen und die Würzeln dieser analysieren, um ihnen effektiv entgegenzuwirken. Each one teach one!
Natürlich gibt es fortschrittliche Kräfte im HipHop nicht erst seit HipHop-Partisan. Innerhalb des Netzwerkes können diese Kräfte jedoch gebündelt werden - gemeinsam sind wir stärker. Power to the people!

am 16.04. im Alhambra:

Babylon Inferno (Aachen) # Kaos & Tetsuo (HB) #Soliloquy(HB) # Koljah &TaiPhun (D-Dorf)

Film-Veranstaltung zum 1. Mai in Oldenburg

Argentinien:

Mate, Ton und Produktion

Zanon - vom Leben in einer besetzten Fabrik

D./Arg. 2003, Ak Kraak, 55 min., OmU

Vor mehr als zwei Jahren hat der Aufstand großer Teile der argentinischen Bevölkerung Schlagzeilen gemacht. Mehrere Präsidenten wurden in wenigen Wochen unter dem Motto „Alle müssen weg" gestürzt. Mit der Wahl des Peronisten Kirchner scheint die alte Macht wieder Tritt gefasst zu haben. Doch die Spuren des Aufstands sind weiterhin zu sehen. Dazu gehören noch immer 150 Fabriken, die in den Zeiten des Umbruchs von ihren Besitzern verlassen und von der Belegschaft in Eigenregie weiter betrieben wurden. 300 ArbeiterInnen besetzten die Keramikfabrik Zanon/Patagonien. Seit über 2,5 Jahren produzieren sie ihre Fliesen in eigener Verantwortung. Der Kampf um Zanon wurde zum Symbol der neuen sozialen Bewegungen in Argentinien. Der Film zeigt auch, wie sich die Menschen im Kampf verändern. So nahm die Belegschaft Verbindung zu den Mapuche-IndianerInnen auf, die mit den alten Fabrikbesitzern in heftigem Konflikt standen. Es folgte eine Auseinandersetzung, die von der eher banalen Frage der Kachel-Motive bis zur Landschaftszerstörung durch die Ausbeutung der Tonvorkommen auf dem Land der Mapuche reicht.

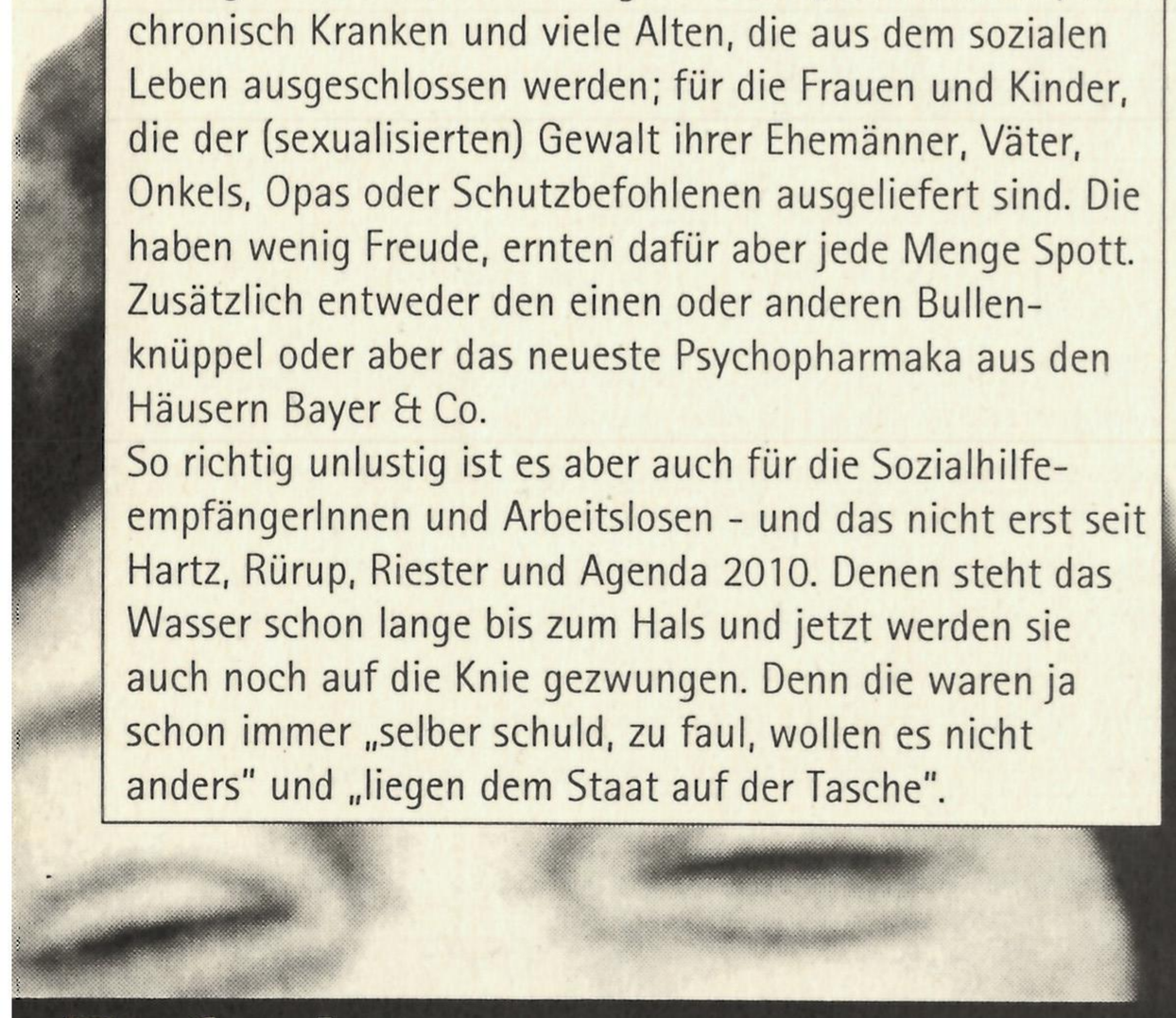
„Ohne Hierachien zu arbeiten, so horizontal wie möglich. Viele Leute sagen, dass sei unmöglich. Aber es schien auch unmöglich, eine Fabrik zu besetzen und viele Sachen, die wir hier verwirklichen."
„Wir müssen die Fabrik verteidigen, weil wir davon leben. Wir haben keine Alternative."

Film-Veranstaltung am Donnerstag, 29.04.

um 20 Uhr in der Alhambra-Kneipe

Deutschland halt`s Maul!

alles für alle und zwar umsonst!



„Die Welt ist halt so", „hart, aber gerecht" und „anders funktionierts eben nicht". Klar, kein Problem, läuft ja auch alles super im Kapitalismus. Na gut, nicht unbedingt für die etwa 20 Millionen Menschen, die jährlich weltweit an Unterernährung sterben oder die 1,3 Milliarden Menschen, die in absoluter Armut „leben". Auch nicht gerade für die tausenden Menschen, die dem einen oder anderen Krieg zum Opfer fallen oder für die Millionen Menschen, die vor Elend und Verfolgung fliehen. Aber immerhin für die 0,004% der Weltbevölkerung, die sich immerhin die Hälfte des globalen Reichtums teilen. Die kommen klar - ist doch auch ein Grund zur Freude.

Denn ansonsten gibt es für die meisten Menschen kaum noch was zu lachen, auch nicht in den Industriestaaten wie der BRD. Noch nie war es hier lustig für die über eine Million Obdachlose oder für die tausenden MigrantInnen, die zu einem „Leben" in Lagern oder der Illegalität gezwungen werden; für die sogenannten „Behinderten", die chronisch Kranken und viele Alten, die aus dem sozialen Leben ausgeschlossen werden; für die Frauen und Kinder, die der (sexualisierten) Gewalt ihrer Ehemänner, Väter, Onkels, Opas oder Schutzbefohlenen ausgeliefert sind. Die haben wenig Freude, ernten dafür aber jede Menge Spott. Zusätzlich entweder den einen oder anderen Bullenknüppel oder aber das neueste Psychopharmaka aus den Häusern Bayer & Co.

So richtig unlustig ist es aber auch für die Sozialhilfeempfängerlnnen und Arbeitslosen - und das nicht erst seit Hartz, Rürup, Riester und Agenda 2010. Denen steht das Wasser schon lange bis zum Hals und jetzt werden sie auch noch auf die Knie gezwungen. Denn die waren ja schon immer „selber schuld, zu faul, wollen es nicht anders" und „liegen dem Staat auf der Tasche".

Ihre Bezüge werden immer weiter gekürzt und die Betroffenen zur Arbeit bei modernen Sklavenhändlern, sog. Leiharbeitsfirmen (wie z.B. „Persona" oder „Pensum" in Oldenburg) gezwungen. Richtig innovativ ist in diesem Zusammenhang der Oldenburger Bürgermeister Dietmar Schütz von der SPD. Der kürzte nicht nur die Gelder für soziale und kulturelle Einrichtungen, sondern auch etliche feste Arbeitsplätze beim städtischen Grünflächenamt und schuf so Zwangsmaßnahmen „für" 80 Sozialhilfeempfängerlnnen.

Doch trotz solch grandioser Manöver ist Arbeit in Deutschland ein wenig rar geworden. Allein im letzten Jahr sind 500.000 bis 700.000 Stellen verschwunden - dafür stiegen aber die Gewinne und die Produktivität der Wirtschaft. So verzeichnete etwa die westdeutsche Industrie von 1991 bis 2000 eine 70 %ige Steigerung ihrer Produktivität und etwa 1,7 Millionen der dort Beschäftigten verzeichneten auch etwas- nämlich ihre Entlassung. Die gesellen sich nun zu den 7,4 Millionen Arbeitslosen (FR).

Nun müssen also neue Wege beschritten werden - die sind überhaupt nicht lustig und auch überhaupt nicht neu. Die selbsternannten Modernisierungskommissionen und Sozialreform-ExpertInnen überschlagen sich nur so in Vorschlägen, wie sie jetzt auch den „Glücklichen", die noch eine Vollzeitausbeutungsplatz ergattert haben, die letzte Kohle und Freizeit abknöpfen können. Natürlich nur, um so ein Jobwunder zu schaffen. Streichung von Urlaubstagen, unbezahlte Mehrarbeit, drastische Lohnsenkungen, Abschaffung des Kündigungsschutzes, schrittweiser Abbau der Gesundheitsversorgung und Rente - alles nichts Neues, dafür aber sehr bedrohlich. Ständig steigende Mieten, Abgaben und Lebensunterhaltskosten lassen Existenzängste ganz real werden.

***Befreiung** ist ein unmittelbares Bedürfnis, das sich zum Beispiel in dem stillen Wunsch eines jeden Untergebenen (...) konkretisiert, dem jeweiligen Vorgesetzten einmal einen Fußtritt zu verpassen.* **Johannes Agnoli, 1986**

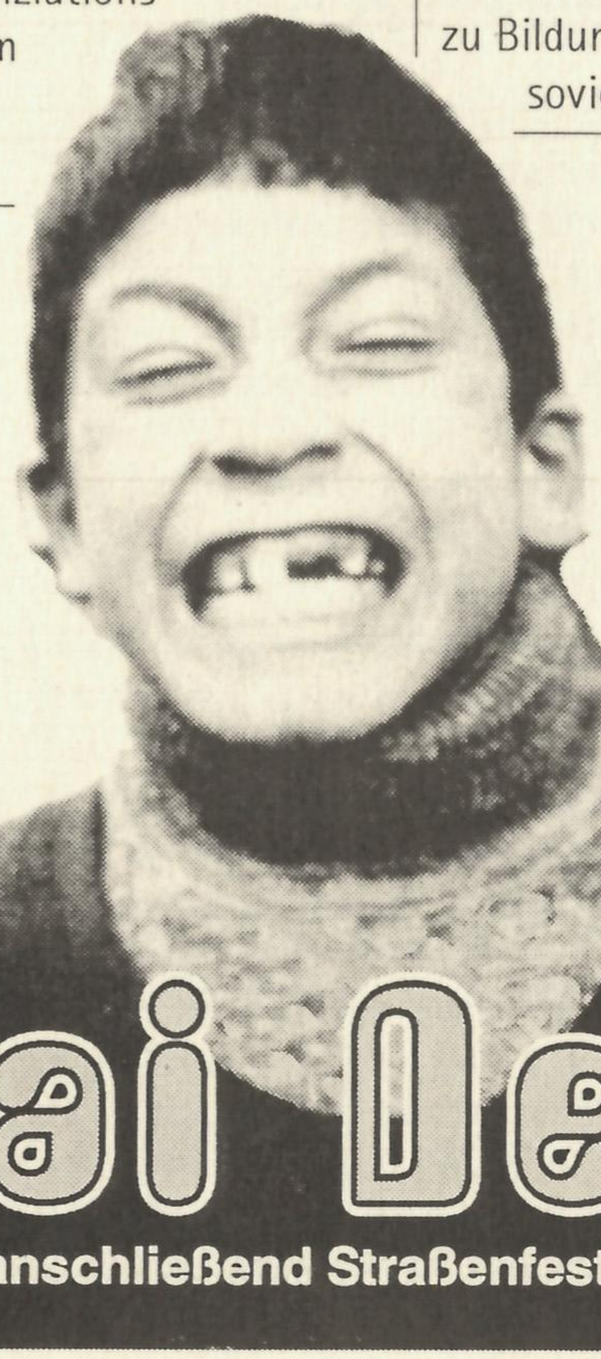
Damit die Bevölkerung jetzt nicht rumzickt, treten Leute wie Reinhold Robbe aus Bunde bei Leer, ebenfalls Sozialdemokrat, Sprecher des Seeheimer Kreises und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages ins Rampenlicht. Der beschreitet ganz modern die ganz alten Wege und propagiert die Volksgemeinschaft: „*Jeder in unserem Wirtschaftssystem muss sich Gedanken machen, wie kann auch ich dazu beitragen, das Land wieder nach vorne zu bringen - mit gesundem Patriotismus.*" *(NWZ, 23.2.04)*. Klar, wer/welche nichts mehr hat, hat immerhin noch Deutschland. Wer/Welche nichts ist, ist immerhin noch deutsch. Und das sich „unser Land" nach den Angriffskriegen gegen Serbien und Afghanistan inzwischen zur zweitgrößten Besatzungsmacht der Welt gemausert hat, die auch mal „den Amis" die Stirn bietet, verleiht Nudeln-mit-Ketchup, dem Standardgericht der meisten von Sozialhilfe-lebenden Familien, doch noch ein wenig Würze.

Doch es gibt da auch die, die da nicht mehr einfach mitmachen. Die stecken sich das, was sie zum Leben brauchen, einfach im Supermarkt ein. Die fahren schwarz, anstatt 2 Euro für den Bus zu blechen. Wenn die den Terror der Maloche oder Schule nicht mehr ertragen, machen die blau. Und manchmal arbeiten die schwarz, um überhaupt über die Runden zu kommen. Einige von denen kaufen sich einen Pass und nehmen falsche Identitäten an, um nicht in die Hände ihrer Folterer abgeschoben zu werden. Andere von denen hauen in der Nacht die Bonzenkarre ihres Chefs kaputt, die sie tagsüber waschen müssen. Die bespucken die Bullen auch lieber, als ihre FreundInnen an sie zu verraten. Gegen die machen der Staat und der deutsche Spießer mobil. Die Überwachung wird perfektioniert, der Verfolgungsdruck erhöht: Kameras, Lauschangriffe, Bullen, private Sicherheitsdienste, Ladendetektive, Denunziationshotlines, ein „Sicherheitsgesetz" nach dem anderen. Das ist „Big Brother", ganz real und nicht nur im Container.

Zwischen lachen und weinen, zwischen leben und überleben.

Es erscheint also ziemlich aussichtslos, von einen schönen Leben für alle zu träumen, nach Wegen zu suchen, die nicht nur die eigene Lebensrealität ein wenig verbessern. Wir müssen mit ihrer Logik der Konkurrenz, Kontrolle und Leistung brechen. Sagen wir es gemeinsam: „DIESES SYSTEM IST NICHTS FÜR MENSCHEN". Anstatt zu verzweifeln, an der Glotze oder der eigenen Ohnmacht zu ersticken, müssen wir uns mit anderen zusammentun, uns auf die Suche nach Freiheit begeben. Ob in selbstbestimmten Vernetzungen von SchülerInnen, Arbeitslosen, Frauen, MigrantInnen, ArbeiterInnen, RentnerInnen, „Behinderten", Sozi-EmpfängerInnen, in Viertelversammlungen, sozialen und autonomen Zentren, oder, oder, oder, ... - überall, wo Menschen zusammenkommen, diskutieren und für ihre eigenen Interessen eintreten, wird ein anderes Leben, eine andere Welt denkbar. Eine Welt ohne Gewalt, in der der Mensch und nicht der Markt im Mittelpunkt steht. In der Herkunft, Geschlecht und Sexualität keine Rolle spielen, wo es kein Oben und Unten mehr gibt, in der alle ein Dach über dem Kopf, genug zu essen und Zugang zu Bildung haben. Mit so wenig Arbeit wie nötig und soviel Luxus wie möglich.

Bündnis „Reiche streichen!"



1. Mai 2004:
12 h
Kaiserstr./Hbf Oldenburg

1. Mai Demo

anschließend Straßenfest beim Alhambra

Aufruf zum 1. Mai in Oldenburg

Rückblick und Aktuelles
zur Bildungspolitik und der
„Mucken-statt-Ducken"-Aktion[1]

ES REICHT SCHON LANGE!
– Die Bildungsreform zu Fall bringen! –

unter diesem Motto demonstrierten vor etwa drei Monaten über 800 SchülerInnen in Oldenburg: gegen eine Bildungspolitik, deren integrales Merkmal es ist, Menschen ausschließlich nach Kriterien der (wirtschaftlichen) Verwertbarkeit einzusortieren und auszulesen – durchgesetzt und unterstützt durch ein aufgeblasenes Instrumentell an Kontroll- und Repressionsinstrumenten, das nach Kopfnoten, Mini- und Zentralabi nun nach Vorstellungen einiger realitätsferner CDU-Innenminister (Jörg Schönbohm) auch noch um eine elektronische Fußfessel für „notorische SchulschwänzerInnen" ergänzt werden soll. Doch auch sein niedersächsischer Kollege und Law&Order-Propagist[2] Uwe Schünemann zieht nach: eine durchgehende Kameraüberwachung an Schulen wird gefordert, einige Bildungseinrichtungen haben die SchülerInnen-Überwachung im Rahmen der gesetzlichen Optionen bereits eingeführt. Die hierzu herangezogene Legitimation, eine angebliche Zunahme von Prügelexzessen an Schulen ist mehr als fragwürdig, lässt sie doch völlig außer Acht, dass sich bekanntgewordene Fälle in ohnehin unüberwachten Arealen (Toiletten, Abstellkammer) abspielten und impliziert wohl die naive Überzeugung, die TäterInnen würden die Freundlichkeit haben, ihre Opfer künftig vorzugsweise vor laufender Überwachungskamera zu verprügeln. Nein, die wahre Intention dürfte sein, die durch die gnadenlose Konkurrenz, also die von selbigen Personen propagierte Politik, vereinzelten und entsolidarisierten Jugendlichen durch erneut erhöhte Kontrolle, Druck und Überwachung doch noch zu einem „fairen Umgehen miteinander" zu animieren – entgegen der durch die repressiv-konkurrenzbetonten Bildungspolitik kreierten „Ellenbogengesellschaft", dem gnadenlosen Kampf um soziale Vorteile, wobei ein solidarisches Rücksichtnehmen auf Andere natürlich wieder ein Rückschritt in der Konkurrenz darstellt – „Jeder ist seines Glückes Schmied". Statt den repressiven Strukturen, die Jugendliche immer wieder in derart verzweifelte Situationen bringen, sollen erneut nur die Auswüchse der eigenen Politik bekämpft werden...

‚WIR KRIEGEN NUR DAS, WAS WIR UNS NEHMEN!'

Das System hat keine Fehler...

Bildungspolitik kann und darf jedoch nicht separat von gesamtgesellschaftlichen Tendenzen und Influenzen analysiert werden – häufig ist jedoch gerade sie ein Kristallationspunkt selbiger. Und so müssen auch die gegenwärtigen CDU/FDP-Bildungsreformen im gesamtgesellschaftlichen Kontext, einem alle Bereiche umfassenden, neoliberalen und -konservativen Rechtsruck gesehen werden, der sowohl in der Bildungs- wie auch der Sozialpolitik sozialdarwinistische Denkmuster („Der stärkere setzt sich durch") reproduziert und artikuliert. Nach dem Verschwinden der sogenannten „realsozialistischen" Systemkonkurrenz sollen distributive und sozialstaatliche Tendenzen, jetzt angeblich ökonomisch nicht mehr realisierbar, abgeschafft und zugunsten eines bald tatsächlich auf Leben und Tod geführten Wettbewerbs ersetzt werden. Und bei der Durchsetzung dieser radikalkapitalistischen Ideologeme landen wir wieder bei der Bildung, wo durch reaktionäre und regressive Lerninhalte erst der Grundstein für den Generalangriff auf soziale und gewerkschaftliche, aber auch auf bürgerliche- und rechtsstaatliche Grundrechte, die zur Kontrolle und Unterdrückung der deklassierten und verelendeten breiten Bevölkerungsschichten zugunsten eines Repressions- und Überwachungsstaates außer Kraft gesetzt werden. So z.B. die Relativierung des Faschismus durch Gleichsetzen mit dem sogenannten „Kommunismus" des Ostens in Geschichte, die häufig durch sozialdarwinistische Floskeln der „natürlichen Auslese" „angereicherte" Reduzierung des Menschen auf seine Gene in Biologie, das Propagieren marktradikaler und wirtschaftsliberaler Ökonomiesysteme in Politik usw.

...es ist der Fehler!

Wir glauben nicht an die Möglichkeit, die Utopie eines selbstbestimmten, humanen und emanzipierten Lernens (-und Lebens) im Rahmen der strukturellen Verwertungs- und Konkurrenzzwänge des (neoliberalen) Kapitalismus verwirklichen zu können. Wir glauben nicht daran, dass die katastrophale Ausbildungsplatzsituation[3] durch eine freiwillige (haha) Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft zu lösen ist, dass Unternehmen aus altruistischer Motivation den Konkurrenznachteil einer angemessen bezahlten (was auch längst nicht mehr immer der Fall ist) Lehrstelle auf sich nehmen. Wir glauben nicht daran, dass den durch die zunehmende Technisierung hervorgebrachten und nach der neoliberalen Doktrin „nutzlosen" Erwerbslosen ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben in dieser Wirtschaftordnung ermöglicht werden kann. Wir glauben nicht, dass ein für die kapitalistische Ökonomie obligates Wachstum ökologisch zu ermöglichen ist: Die globale Klimaerwärmung, die Erschöpfung aller rentablen Ölquellen bis schätzungsweise 2020[4], die Vernichtung von täglich über 10000 Fußballfeldern Regenwald[5] und das Aussterben von täglich etwa 70 Tier- und Pflanzenarten[6] sind notwendige Folge eines ausschließlich auf Profitmaximierung angelegten und global unkontrollierten destruktiven Raubtierkapitalismus. Aber auch ökonomisch scheint das Ende der Fahnenstange – zumindest nach marxistischen Theorien – erreicht[77]

Zwölf Jahre nach dem von dem neoliberalen Politologen Francis Fukuyama verkündeteten „Ende der Geschichte durch den Kapitalismus" beginnt sich weltweit eine erstarkende, globalisierungskritische und soziale Protestbewegung herauszubilden. Anfang dieses Jahres diskutierten weit über 100.000 Menschen beim Weltsozialforum im indischen Mumbai über konkrete Alternativen zur neoliberalen Politik. Auch in Deutschland ist es wichtig, dem gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck einen entschlossenen und vielfältigen Widerstand von links entgegenzusetzen. Traditionell ist der 1. Mai der Tag, an dem Menschen auf die Straße gehen, um für ihre Rechte und eine humanere und nachhaltigere Gesellschaftsordnung zu demonstrieren, konkrete Ideen und Alternativen zu entwickeln und auszutauschen.

SOZIALE RECHTE WERDEN ERKÄMPFT
UND NICHT ERBETTELT -

WIR KRIEGEN NUR DAS, WAS WIR NEHMEN!

IN DIESEM SINNE:

HERAUS ZUM
AUTONOMEN 1.MAI IN OLDENBURG:

1.5.04, 12 Uhr, Kaiserstr.-Hbf

SchülerInnenbündnis „Swimmy"
www.usb-ol.tk

(Endnotes)

[1] Ein ausführlicher Text zur Bildungspolitik ist als Aufruf gegen die niedersächsische Bildungsreform u.A. auf unserer Homepage www.usb-ol.tk oder in der Januarausgabe der Alhambrazeitung zu finden

[2] Schünemann stellte die repressive Quintessenz seiner Innenpolitik bereits vielfach unter Beweis: so forderte er eine biometrische Erfassung aller staatenlosen Asylbewerber, propagiert „schnelle Abschiebungen im Morgengrauen", die Abschiebungen von traumatisierten Folteropfern (mit anschließender psychologischer Behandlung im jeweiligen Folterstaat) und möchte die bisher üblichen Vorankündigungen bei Abschiebungen gänzlich streichen. „Der Innenminister will zu jener Praxis zurückkehren, bei der ganze Familien ohne Vorankündigung festgenommen und die Kinder von der Polizei aus der Schule geholt werden" resümiert Kai Weber vom Flüchtlingsrat. (Infos: Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen)

[3] „Das Ausbildungsjahr 2003 endete mit dem seit vier Jahren schlechtesten Bilanzergebnis: Bei den Arbeitsämtern wurden 35.000 unvermittelte Jugendliche zum 30. September registriert. Allein das Handwerk hat in diesem Jahr wieder 24.000 Ausbildungsverträge weniger abgeschlossen, im Vorjahr waren es nur 14.600 weniger. Selbst der DIHK, der Monat für Monat mit Erfolgsmeldungen aufwartete, musste zum 30. September eingestehen, dass auch er sein Ziel verfehlt hat. Anstatt wie angekündigt mehr abgeschlossene Ausbi
Idungsverträge einzufahren, gibt es auch bei Industrie und Handel erneut ein Minus von einem Prozent (nur noch 281.000 neue Verträge)." Aus: einblick 19/03, 27.10.2003: Acht Feststellungen des DGB zur Ausbildungsbilanz

[4] Jeremi Rifkin: 'Wenn es kein Öl mehr gibt ... Die H2-Revolution'

[5] Quarks & Co | Wie gesund ist unsere Erde? | Sendung vom 03.09.2002

[6] Klett Infoblatt: Artensterben und Artenschutz

Tendenzieller Fall der Profitrate: „Die durchschnittliche Profitrate der gesamten Gesellschaft wird von Marx als gesamtgesellschaftlicher Mehrwert geteilt durch den Einsatz von konstanten Kapital (Maschinen etc.) und variablem Kapital (ArbeiterInnen) definiert.
Durch Investitionen die (meistens) einen rationalisierenden Charakter haben, steigt nun das Verhältnis von konstanten (Maschinen) zu variablem (Menschen) Kapital (aber absolut auch deren Summe). Da nur ArbeiterInnen in der Lage sind, Mehrwert zu produzieren, wird dieser relativ gesehen immer kleiner (absolut wächst er im kleineren Verhältnis als das Kapital). Nun sinkt die Profitrate und der Kapitalist muss mehr investieren, um den gleichen Profit zu erzielen."

Wunder und Märchen aus Berlin!
Agenda 2010.
Deutschland bewegt sich!

• Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen stieg 2003 um 316.000 Personen auf 4,376 Millionen. Hätten die Arbeitsämter nicht 100 - 150.000 weitere Arbeitslose aus der Statistik vertrieben, wären es 4,5 Millionen.
• Die Zahl der Erwerbstätigen sank 2003 um rd. 300.000 Personen auf 38,3 Millionen.

Aber in Berlin geschehen noch Wunder. Hartz sei Dank:

Die Arbeitslosigkeit wurde äußerst erfolgreich bekämpft, während die Arbeitslosenzahlen stiegen:

• *„Personal-Service-Agenturen (vom Arbeitsamt bezahlte Lei-harbeitsfirmen) ... beschleunigen ... die Vermittlung Arbeitssuchender."* (Bundesregierung, Nov. 2003)

Ende 2003 wurden dort 28.000 vormals Arbeitslose beschäftigt. Rd. 3.000 Arbeitslose wurden 2003 von den Entleihfirmen übernommen. Eine beispiellose Erfolgsstory dieses „Herzstücks" von Hartz I.

• *„Mit Hilfe einer Ich-AG haben sich tausende Arbeitslose selbstständig gemacht."* (ebenda)

Ende 2003 waren es 83.000 Personen. Sie bekamen Zuschüsse des Arbeitsamts in Höhe von 600 Euro monatlich, die an keine Bedin-gung geknüpft sind. So haben viele Arbeitslose wenigstens vorü-bergehend Ruhe vorm Arbeitsamt und können noch ein bißchen dazu verdienen. Ein voller Erfolg.

• *„Auch die Minijobs sind ein voller Erfolg."* (ebenda)

Einen Monat nach ihrer Einführung im April 2003 stieg die Zahl der Mini-Jobs um über 1,3 Millionen auf 5,5 Millionen Personen. Mini-Jobs sind Nebenbeschäftigungen. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit meistens von Schülern (rd. 50%), von Rent-nern und Personen über 55 Jahren (25%) und Hausfrauen (Sach-verständigenrat der Bundesregierung, Jahresgutachten 2003/2004, 2003, 379): Unter den 1,3 Millionen zusätzlichen Mini-Jobs wurden 79.000 von Arbeitslosen wahrgenommen, die vorher nicht gearbeitet haben. Mini-Jobs sind nicht nur der Renner für Arbeitslose. Sie sind der Brüller.

Die einmalige Erfolgsgeschichte von Hartz I und II wird mit Hartz III, Hartz IV und der neuen Sozialhilfe noch getoppt...

...mit der neuen „Grund-sicherung für Arbeitssuchende":

• *„... wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozial-hilfeniveau."*
(SPD-Wahlprogramm 2002)

Vielmehr sinkt die Geldleistung, besonders in Familien mit Kindern, unter das Niveau heutiger Sozialhilfe. Die SPD sagte: „nicht auf Sozialhilfeniveau"; besser gleich darunter! Überzeugend!

• *soll Arbeitsaufnahme gefördert, besonders Familien bessere Zuverdienstmöglichkeiten erhalten.*

Wo bislang der Arbeitslosenhilfebezieher 165 EUR dazuverdienen konnte, bleiben vom Verdienst nurmehr 15 Cent von jedem Euro, von 165 EUR noch 24,75 EUR. Familien haben keine höheren Zuverdienstmöglichkeiten. Vielmehr bleiben dem von Sozialhilfe lebenden Jugendlichen, der sich (z.B. durch Zeitungen austragen) ein Taschengeld von 35 EUR anrechnungsfrei dazuverdiente, 15 % oder in EUR: 5,25. Ein wahrer Anreiz zur Aufnahme von Arbeit - von Schwarzarbeit!

• *„ Wir brauchen deshalb Zuständigkeiten und Leistungen aus einer Hand. Damit steigern wir die Chancen derer, die arbeiten können und wollen."*
(Schröder-Rede, 14.3.03)

Für das Arbeitslosengeld II *jedes einzelnen Beziehers* sind **zwei** Träger zuständig, Arbeitsagentur und Kom-mune. Die eine für den laufenden Unterhalt, die andere für Unterkunft, Beratung, Kinderbetreuung .... Echt verwaltungsvereinfachend!

Aber nicht jede/r bekommt Arbeitslosengeld II. Brauchten Eltern nur für die Kinder Hilfe, bekommen sie von der Kindergeldkasse (längstens 3 Jahre) den Kinderzuschlag (von der Kindergeldkasse) plus Wohngeld (vom Wohngeldamt). Fällt das Einkommen der Eltern mal unter deren Existenzminimum, entfallen Kinderzuschlag und Wohngeld und Arbeitslosengeld muß bei den zuständigen anderen Ämtern beantragt werden. Wer da nicht mehr durchblickt, wird sich den Weg zum Amt gleich sparen: Verwaltungsvereinfachung nun in reinster Form!

Mit der neuen Sozialhilfe ...

• *„... wird sicher gestellt werden, dass die wirklich Bedürfligen Hilfe erhalten."*
(Rot-grüne Reform-Gebetsmühle)

Arbeitslosengeld II und neue Sozialhilfe lassen die nurmehr pauschale Übernahme von Miet- und Heizkosten zu. Das eröffnet Gestaltungsspielräume - für Mietschulden und Obdachlosigkeit. Die vormaligen Beihilfen der Sozialhilfe, die nur bei Bedarf gezahlt wurden, werden durch eine Pauschale ersetzt, die am untersten Rand des bisheriger Durchschnittszahlungen für diese Hilfen liegt. Wer mehr als den Durchschnitt braucht, kriegt bestenfalls ein Darlehn, das in den darauf folgenden Monaten von der Hilfe abgezogen wird. Gestaltungsspielräume ohne Ende!

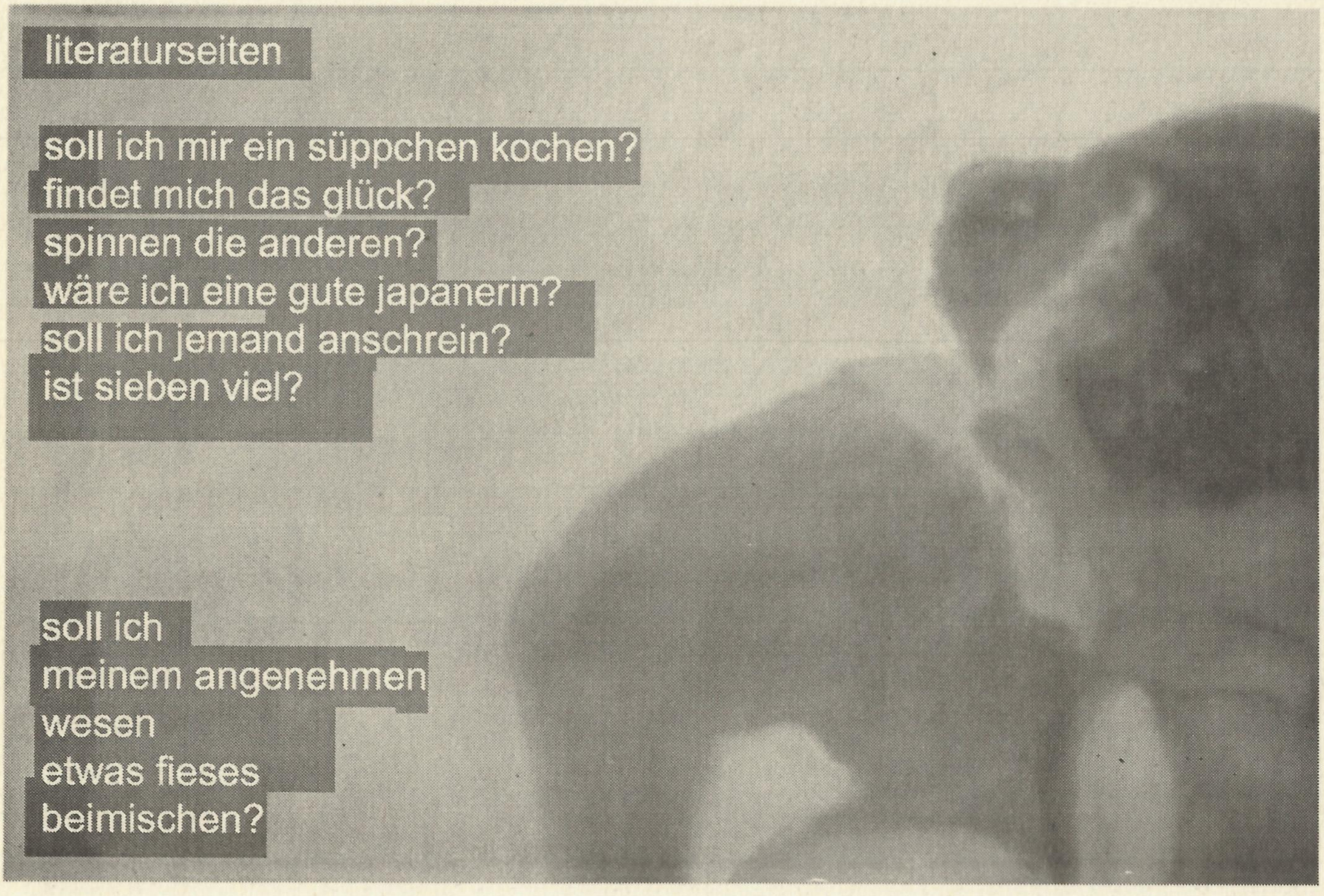
Wer sind die wirklich Bedürftigen?
Ab 2005 werden 2,5 Millionen Arbeitslose gezwungen, für weniger als Sozialhilfe zu arbeiten, auch stundenweise, auch gemeinnützig im öffentlichem Interesse. Warum sollte die öffentliche Hand da noch Leute einstellen? Nicht nur nebenbei ein massiver Angriff auf die Tarifverträge.

Oder mit Olaf Scholz (EX-SPD-General) gesprochen
(Die Welt, 2.4.03):

„Das Reformpaket ist sozial ausgewogen, gerecht und genau das Richtige, um die soziale Marktwirtschaft am Leben zu erhalten."

Deutschland muss sich bewegen
- Und zwar am 3.4. vor allem nach Berlin !
Machen wir den Europäischen Aktionstag zu einer machtvollen Demonstration gegen Sozial- und Lohnabbau !

literaturseiten



Die neuen Grenzen des Asyls

Von ALAIN MORICE
le monde diplomatique 03 '04

Am 17. Februar hat das niederländische Parlament mit großer Mehrheit die Entscheidung bestätigt, 26000 Ausländer, deren Nationalität mangels Ausweisen nicht zu ermitteln ist, auszuweisen, auch in so gefährliche Gebiete wie Tschetschenien, Afghanistan oder Somalia. Allenthalben in Europa stellen die Regierungen das Asylrecht in Frage und versuchen, gegenüber den Ursprungsländern und sogenannten Drittländern eine Art „Rücknahmepflicht" durchzusetzen. Inzwischen scheint alles möglich: Flüchtlingscamps in Afrika, die im Auftrag der EU betrieben werden, und Asylbewerberzentren, die auf Plattformen vor der Küste ausgesuchter Länder eingerichtet werden. Die Gründe liegen auf der Hand: Immer mehr Menschen drängen aus ärmeren Ländern in die reichere Welt, die alarmistisch reagiert und allüberall Missbrauch und Betrug wittert.

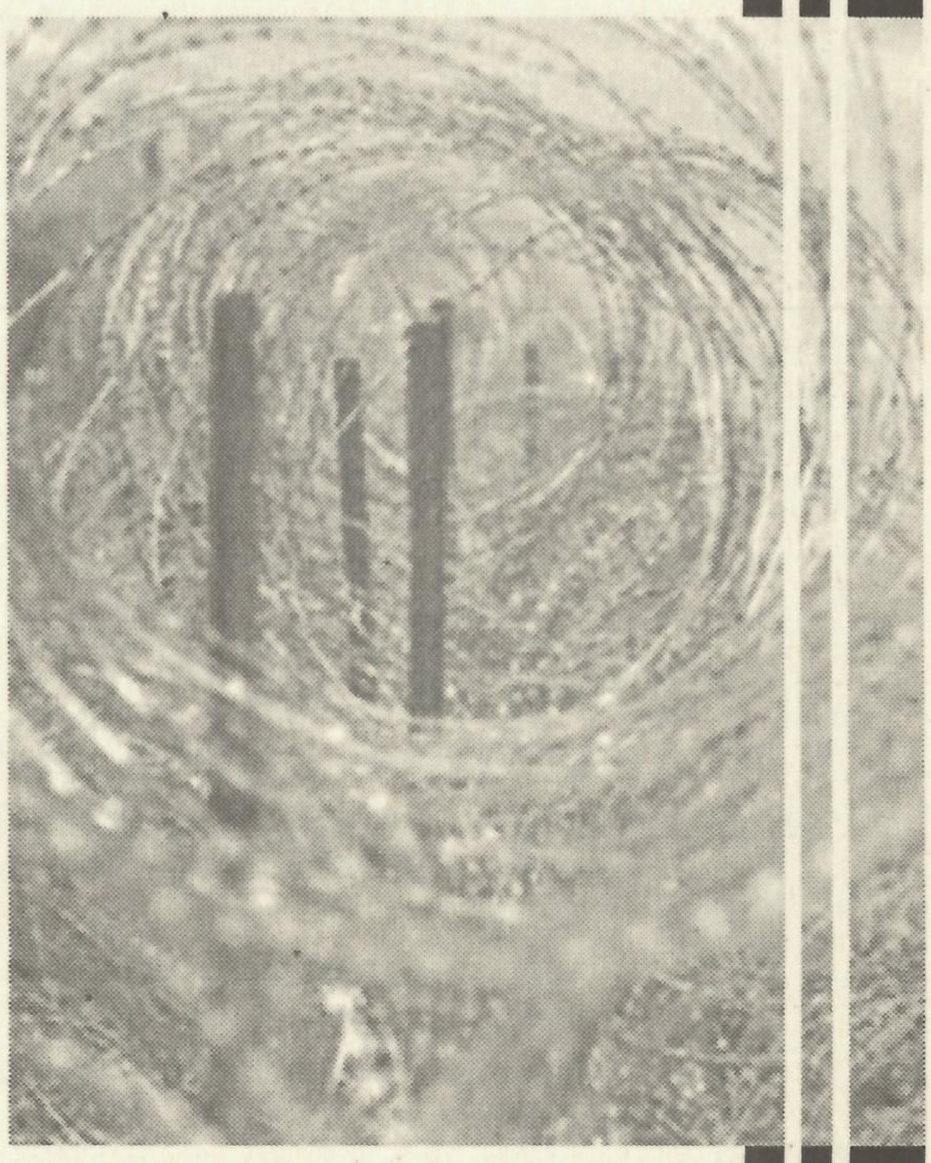
An den Grenzen Europas wird kaum mehr zwischen Flüchtlingen und Migranten unterschieden. Flüchtlinge - also Menschen, die aus politischen Gründen ihr Land verlassen, werden behandelt wie Migranten, also Menschen, die ihrem Land wegen der wirtschaftlichen Lage den Rücken kehren. Da die Staaten dazu neigen, sich immer ängstlicher und hysterischer vor ungewollten Einwanderern zu schützen, wächst die Gefahr, dass das Asylrecht Stück für Stück auf dem Altar der selektiven Einwanderungskontrolle geopfert wird. Dabei ist das Recht auf Asyl durch die Genfer Konvention von 1951 verbrieft, während die Regelung genereller Einwanderungsfragen im freien Ermessen der Regierungen liegt. Hintergrund der jüngsten Entwicklung ist der erklärte Wille der EU-Länder, das Recht auf Asyl für das eigene Territorium in Frage zu stellen, um das Asylrecht insgesamt aus den Angeln heben zu können. Die wachsende Ungleichheit zwischen den Ländern in puncto Wohlstand, Demokratie und öffentlicher Sicherheit schürt in Europa die Angst vor einem unkontrollierten „Ausländerzustrom". Neueren Datums ist die Einsicht, manchmal auch nur die Behauptung, dass die politischen Bemühungen zur Integration der Migranten gescheitert sind.

Diese „Belagerungsängste" veranlassen die Regierenden, alle legalen Zuwanderungsmöglichkeiten für Menschen versperren zu wollen, die aus unerträglichen Lebensumständen zu fliehen versuchen. Viele der als „Asylschmarotzer" Titulierten setzen ihr Leben aufs Spiel, um nach Europa zu gelangen, womit sie die Vorstellung von der kaum zu kontrollierenden „Ausländerschwemme" unabsichtlich bestätigen. Vor diesem Hintergrund fallen die ausländerfeindlichen Wahlkampfparolen auf fruchtbaren Boden: Jeder Ausländer, ob Flüchtling oder nicht, sei eine Gefahr, und es wäre nachgerade hirnverbrannt, ihn hereinlassen zu wollen. Noch in dem 1997 verabschiedeten Vertrag von Amsterdam stand das Asylrecht im Mittelpunkt der EU-Migrationspolitik. Seitdem wurde es ausgehöhlt, und zwar durch ideologische und juristische Maßnahmen in drei Etappen. Zunächst wurde behauptet, der Einwanderungsdruck an den Außengrenzen habe unerträgliche Ausmaße erreicht. In einer zweiten Phase wurde die Berechtigung der meisten Asylbegehren in Frage gestellt. Und schließlich, als die vollmundigen Ankündigungen von Amsterdam sich als uneinlösbar und politisch zu kostspielig erwiesen, tat man alles, um der Gesellschaft das lästige Flüchtlingsproblem vom Hals zu schaffen. Die Externalisierung der Asylanwärter wurde zur Notwendigkeit - und führt konsequenterweise zur Errichtung von Auffanglagern, ein Vorgehen, das sogar den Begriff „Flüchtling" zu delegitimieren droht. Um die illegale Einwanderung zu bekämpfen, wurden teure und ineffiziente Maßnahmen ergriffen. Deshalb neigen die Regierungen immer stärker dazu, die Einrichtung von Ad-hoc-Zonen zu tolerieren, in denen völkerrechtliche Normen außer Kraft gesetzt sind.

Über diesen Trend zeigen sich Menschenrechtsorganisationen zu Recht beunruhigt. Mit Blick auf die spanische Enklave Ceuta in Marokko, wo 300 Asylbewerber auf der Straße sitzen, meinte Delia Blanco Terän, die Vorsitzende der Cear, der spanischen Flüchtlingskornmission: „Spanien ist aufgrund der derzeitigen Regierungspolitik ein flüchtlingsfeindliches Land. Das demokratische Spanien von 2003 hat das blutige Spanien von 1939 vergessen -

damals mussten hunderttausende Spanier vor Francos Terror in alle Welt fliehen."
In der Absicht, noch mehr Asylanträge als illegitim abzuweisen, machen Länder wie Österreich geltend, dass die Kriterien der Genfer Konvention von 1951 längst überholt seien. Sie fordern ein „Umdenken, weg von einer Auffassung, die das Asylrecht als individuellen Rechtsanspruch sieht, hin zu einer Angebotspolitik, die im Ermessen der Empfangerländer liegt".
Frankreich bestand bis Ende letzten Jahres stets auf einer restriktiven Auslegung des Asylrechts: Nur Personen, die unmittelbar nachweisen konnten, dass sie zu Hause von staatlichen Organen verfolgt waren, wurden von Organisationen wie dem Französischen Amt zum Schutz von Flüchtlingen und Staatenlosen (Ofpra) als Flüchtlinge anerkannt. Andere Fluchtgründe - Unterdrückung von Frauen, Verfolgung von Minderheiten, die Beschlagnahme von Hab und Gut oder interethnische Massaker - wurden nicht anerkannt, da die Verfolgung in solchen Fällen nicht vom Staat ausgeht. Mit dem Gesetz vom 11. Mai 1998 erfand Frankreich das „Territorialasyl", das in der EU als „subsidiärer Schutz" figuriert. Dabei handelt es sich um eine Art Schmalspurasyl auf Widerruf, eine Sonderaufenthaltsgenehmigung, die mit der „Anerkennung als Flüchtling" im Sinn der Genfer Konvention nichts gemein hat.
In den 1980er-Jahren kamen Begriffe wie „Scheinflüchtling" und „Wirtschafts-asylant" auf, die seither die angeblich unrechtmäßigen Asylbewerber diskriminieren. „Dass immer mehr Wirtschaftsflüchtlinge Anträge auf Anerkennung als Flüchtling stellen, ist strikt abzulehnen", schrieb 1984 Andre Jacomet, der Vorsitzende der französischen Berufungskommission für Flüchtlinge (CRR).
Nachdem man jahrelang verkündet hatte, die „illegalen Einwanderer" würden „die Integration der bereits im Land leben den Ausländer verhindern", hieß es nun: „Zu viele Asylbewerber zerstören das Asylrecht." Es brauchte einige .Zeit, aber dieser Refrain hat jetzt auch in die EU-Terminologie Eingang gefunden. Hier heißt es etwa, die „Zunahme der gemischten Wanderungsströme, die sowohl Menschen umfassen, die rechtmäßig internationalen Schutz suchen, als auch solche, die Asylwege und -verfahren nutzen, um in das Gebiet der Mitgliedstaaten einzureisen", stelle „eine reale Bedrohung für das Rechtsinstitut des Asyls" dar.

Da prinzipiell jedem Asylbewerber eine Täuschungsabsicht unterstellt wird, sollen letztlich die Betroffenen selbst - wie zum Hohn - für die Überlastung der Dienststellen verantwortlich gemacht werden, die mit der Bearbeitung der Anträge und der Rückführung der abgelehnten Bewerber nicht mehr nachkommen. Damit Antragsteller, die „das Aslyrecht nur missbrauchen wollen", ohne eine gründlichere Untersuchung ihrer Motive abgewiesen und bis zu ihrer Abschiebung in speziellen Auffanglagern untergebracht werden können, führte eine EU-Entschließung von 1992 die Begriffe „offensichtlich unbegründeter Antrag" und „vorsätzlicher Betrug" ein.
Die neue Regelung konnte den Zustrom aber nicht reduzieren. Sie hat im Gegenteil dazu geführt, dass immer mehr Menschen kamen, die einerseits für „unerwünscht" erklärt werden und dagegen auch keine Widerspruchsmöglichkeit haben, andererseits aber nur schwer ausgewiesen werden können. Dazu gehören zum Beispiel viele Kurden aus dem Irak, einem Land, in das es seit dem Golfkrieg von 1991 aufgrund der UN-Sanktionen keine direkten Flugverbindungen mehr gibt.
Innerhalb der EU gibt es allerdings hinsichtlich der „illegalen" Einwanderer auch einige Meinungsverschiedenheiten, vor allem was ihre gewinnträchtige Ausbeutung als Arbeitskräfte anbelangt. Vom französischen Flüchtlingslager Sangatte, das vom Roten Kreuz verwaltet wurde, gelangten bis zur Schließung im Dezember 2002 mindestens 80000 Flüchtlinge über den Ärmelkanal nach Großbritannien, die dort den Schwarzarbeitsmarkt mit Nachschub versorgten. Ganz allgemein führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass in fast allen EU-Ländern manche Wirtschaftssektoren ohne „illegale Flüchtlinge" ein Problem hätten. Das gilt sogar - wie im Fall Griechenland - für eine ganze Volkswirtschaft. Dort ist heute nicht nur die Bauindustrie oder die Landwirtschaft auf die vorwiegend albanischen Wanderarbeiter angewiesen, da sich keine griechischen Hände mehr für die Orangen- oder Olivenernte finden. Die Experten haben ausgerechnet, dass Griechenland ohne seine mindestens 500000 Migranten 1997 nicht den Anschluss an die Eurozone geschafft hätte. Denn die griechische Wirtschaft hätte die Inflationsrate nie unter die in den Maastrichter Kriterien definierte Grenze drücken können, hätten nicht die billigen Arbeitskräfte dafür gesorgt, dass sich die Teuerung trotz brummender Konjunktur in Grenzen hielt.
Und dennoch hat Europa dem Asylrecht den Krieg erklärt und sich dabei ein argumentatives und methodisches Arsenal zugelegt, das einen doppelten Zweck erfüllt: Es soll die Flüchtlinge sowohl abschieben als auch auf Distanz halten können. Um das erste Ziel zu erreichen, hat man sich einiges einfallen lassen. Wenn der Antragsteller berechtigterweise um seine Sicherheit fürchtet, legt man ihm nahe, außerhalb Europas, in der Nähe des Fluchtlands, Zuflucht zu suchen. Mach dem Prinzip „Nimby" - not in my backyard, nicht in meinem Hinterhof - ist eine Kasuistik entstanden, die für jeden Fall eine praktische Lösung bereithält. So wurden gemäß Schengener Abkommen vom Juni 1990 schrittweise immer schwerere Strafen für Fluggesellschaften eingeführt, mit denen Ausländer ins Land gelangen, die offensichtlich illegal einwandern wollen.



Inzwischen haben private Firmen am Abreiseort zivile Aufpasser engagiert; es gibt Schulungsprogramme, die dem Bodenpersonal von Fluggesellschaften beibringen sollen, woran man potenzielle „Asylbetrüger" erkennt. Darüber hinaus wird der Flüchtlingsstatus als solcher in Frage gestellt. Während des Bürgerkriegs in Jugoslawien 1999 zog Frankreich ein altes Argument aus der Mottenkiste, das man einstmals gegen die Verfolgten des Naziregimes entwickelt hatte: Würde man den Kosovaren einen Flüchtlingsstatus zuerkennen, so das Argument der damaligen sozialistischen Regierung - dem die rechte Opposition diskret applaudierte -, so würde man implizit die serbischen Übergriffe als Fait accompli anerkennen.

Dabei bildete sich ein befremdliches Argumentationsmuster heraus, das von Paternalismus und Kulturalismus geprägt war. Demnach würden sich die Betroffenen wohler fühlen und zu gegebener Zeit auch eher bereit sein, am Wiederaufbau ihres Landes mitzuwirken, wenn sie ihrem Herkunftsland näher verbunden blieben. Das heißt umgekehrt: Die EU-Länder - die ja auch nicht besonders weit entfernt liegen - finden es bequemer, wenn sie keine Flüchtlinge aufnehmen müssen. Aus diesem Grund führte Europa 1992 den Terminus „sicheres Drittland" ein, der es gestattet, Flüchtlinge, die über ein drittes Land einreisen, in dieses Land zurückzuschicken, sofern dort ihre Sicherheit gewährleistet ist. Länder, mit denen entsprechende Verträge unterzeichnet wurden, sind verpflichtet, abgewiesene Flüchtlinge wieder aufzunehmen.Doch in etlichen als „sicher" geltenden Drittländern sind die zugesagten Schutzgarantien hypothetischer Natur, zumal die innenpolitische Lage rasch kippen kann - wie der Fall der Elfenbeinküste zeigt, in die Frankreich seit Ausbruch des bewaffneten Konflikts keine unerwünschten Migranten mehr abschiebt. Überdies ist diese Regelung noch weniger wert, wenn das Drittland die Flüchtlinge seinerseits ausweisen kann. Welche Länder dies sind, wird zudem oft gar nicht publik gemacht. Die EU-Staaten sind sich zwar über das Prinzip des „sicheren Drittlands" durchaus einig, ringen derzeit aber um eine gemeinsame Liste solcher Länder, was offenbar zu diplomatischen Verwicklungen führt.

Parallel hierzu bringt der Entwurf zu einer EU-Richtlinie vom Juni 2002 erstmals den Terminus „inländische Fluchtalternative" ins Spiel. Demnach sollen die EU-Mitgliedstaaten künftig prüfen, ob ein Antragsteller nicht in seinem Herkunftsland einen Ort finden könnte, an dem er in Sicherheit wäre. Solche Orte, heißt es in diesem Entwurf, könnten von „internationalen Organisationen und staatsähnlichen Behörden" verwaltet werden. Doch welche Sicherheitsgarantien hätte ein Flüchtling, wenn er in instabile oder unzureichend kontrollierte Gebiete abgeschoben würde? Ist das serbische Massaker an den Schutzbefohlenen von Srebrenica schon vergessen? Und dennoch hat Frankreich, ohne eine gemeinsame EU-Regelung abzuwarten, die „inländische Fluchtalternative" in seinem neuen Asylgesetz vom 10. Dezember 2003 schon festgeschrieben.

Besonderes Augenmerk gilt manchen EU-Beitrittsländern wie etwa Polen und Tschechien, da zahlreiche Flüchtlinge über deren Territorium in den EU-Raum gelangen. Nach der EU-Direktive „Dublin II", die voriges Jahr in Kraft getreten ist, muss sich dasjenige EU-Land eines Flüchtlings annehmen, das dieser als Erstes betritt. Am 22. Januar dieses Jahres brachte Ruud Lubbers, der UN-Hochkommissar für Flüchtlingsfragen, vor den EU-Innenministern allerdings folgende Befürchtungen vor: „Manche EU-Neumitglieder verfügen nur über 15 oder 20 Asylrichter. Was wird geschehen, wenn andere EU-Staaten tausende zusätzliche Asylbewerber in diese Länder abschieben? Es besteht die Gefahr, dass die an EU-Recht angepassten Verfahren und Institutionen in diesen Ländern unter der Belastung zusammenbrechen." Lubbers regt daher an, „europäische Auffangzentren" mit Richtern und Dolmetschern „aus der gesamten Union" einzurichten. Dass dabei eine Angleichung an die EU-Länder stattfinden würde, die der Genfer Konvention von 1951 bereits den Rücken gekehrt haben, lässt sich unschwer vorhersagen. Auch nach diesem Plan zeichnet sich also eine Internierung unerwünschter Ausländer in Sonderauffanglagern ab.

Im Februar 2003 schlug die britische Regierung vor, die Antragsbearbeitung in transit processing centers auszulagern. Abgeschirmt von der Öffentlichkeit sollen in diesen Transitlagern die Flüchtlinge in Gute und Schlechte sortiert werden - sofern sie die Flucht überstanden haben. Denn dass die hohe Flüchtlingssterblichkeit als Regulator fungiert, ist offensichtlich. Nach dem britischen Vorschlag sollen die geplanten Zentren auf Offshore-Plattformen vor Küsten errichtet werden, und zwar in Ländern wie Marokko, der Türkei, Kroatien, Somalia oder dem Iran, die implizit als sichere Drittländer gelten. Das UNHCR wiederum betonte die Notwendigkeit, die „Lasten zu verteilen", und initiierte Ende 2002 die Operation „Konvention plus". Der Leitgedanke ist auch hier, dass die Flüchtlinge möglichst in der Nähe ihres Herkunftslandes bleiben sollen. Der britische Vorschlag, „Wirtschaftsflüchtlinge" und „Scheinasylanten" in geschlossene EU-Auffanglager einzuweisen, fand bei der UN-Kommission ebenfalls Zustimmung. Nach deren Vorstellungen sollen die „Scheinasylanten" allerdings innerhalb der EU-Grenzen verbleiben, vorzugsweise auf dem Territorium der neuen Mitgliedsländer.

Auf dem Ratsgipfel von Thessaloniki im Juni 2003 fand der britische Vorschlag allerdings keine Zustimmung. Stattdessen

wurde beschlossen, dass die EU verstärkt Rücknahmeabkommen mit den Auswanderungsländern schließen solle. UNHCR-Hochkommissar Lubbers, der abwechselnd für und gegen die Flüchtlinge Partei ergreift, ermahnte die Unionsländer im November 2003, bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen Asylpolitik müsse man auch die Menschenrechtsgarantien einhalten - und zwar auch die in den „sicheren Drittländern". Trotz dieser löblichen Erklärung scheint sich das UNHCR zunehmend von seiner eigentlichen Aufgabe, dem Schutz der Flüchtlinge, zu entfernen und sich der europäischen Auslagerungspolitik unterzuordnen. Wer die Flüchtlinge loswerden will, muss Sonderauffanglager gründen wollen. DieRede von „sicheren Drittländern", „Rücknahmeabkommen" und „Transit-zentren" bedeutet immer schon die Kasernierung unerwünschter Personen-gruppen. Dabei hatte die Genfer Konvention von 1951 den Asylanspruch auf alle Personen ausgeweitet, die „begründete Furcht" haben, wegen einer Gruppenzugehörigkeit verfolgt zu werden. Die neue EU-Politik hingegen, die auch beim UNHCR Zustimmung findet, geht umgekehrt davon aus, dass bestimmte Personen gerade aufgrund ihrer Zugehörigkeit keinen Asylanspruch bei uns geltend machen können. Ein ideologisches Manöver, das aufgrund seines selbstreferenziellen Charakters Anlass zu schlimmsten Befürchtungen gibt: Man sortiert die Menschen nach ihrer Herkunft und rechtfertigt allein damit schon das Auswahlkriterium. Diese Politik führt automatisch zu einem flüchtlings-feindlichen Rassismus, der sich gegen bestimmte nationale oder ethnische Gruppen richtet, wie er in Italien gegenüber den Albanern und in Frankreich gegenüber den rumänischen Roma bereits heute zu beobachten ist. Die anvisierte Auslagerung der Flüchtlingsproblematik muss auch die internationalen Beziehungen beeinträchtigen. Denn diese Politik führt nicht etwa dazu, den Imperialismus zu überwinden, sondern führt geradewegs in imperialistische Beziehungen zurück. Schon die Verhandlungen zur EU-Osterweiterung boten ein wenig erquickliches Schauspiel, denn die Beitrittskandidaten mussten ihre „Eintrittskarte" durch willfährige Hilfe bei der Eindämmung der Migrationsströme erkaufen. Mit Polen zum Beispiel unterzeichnete die „Schengen-Gruppe" bereits 1990 ein Rücknahmeabkommen. Derzeit zeichnet sich auf diesem Feld eine neue internationale Arbeitsteilung ab. Rücknahmeabkommen und Auffang-langer für Asylbewerber werden immer mehr zum Gegenstand zweifelhafter Kungeleien.

Verschuldete Drittweltländer müssen damit rechnen, dass die EU weitere Entwicklungshilfe von ihrer Bereitschaft abhängig macht, die Migration „an der Quelle" zu bekämpfen. Dies unterstützt nicht nur die ohnehin korrupten Staatsführer, die nur zu häufig die alleinigen Nutznießer der sogenannten Entwicklungshilfe sind, es festigt auch die aus Kolonialzeiten stammenden Seilschaften. Auf der Strecke bleibt der Flüchtling, der nun von beiden Seiten als Feind wahrgenommen wird. Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang, dass es neuerdings Länder gibt, die als „Länder mit illegaler Auswanderung" bezeichnet werden. Das bedeutet aber eindeutig eine Verhöhnung der Allgemeinen Menschenrechts-erklärung, wonach jedes Individuum das Recht hat, sein Land zu verlassen.

Für die internationale Arbeitsteilung ergibt sich ein weiterer Aspekt: Hier könnte man sich für die unterentwickelte Welt neben der Intensivlandwirtschaft, dem Bergbau, der Kinderausbeutung und dem Tourismus eine neue Branche wie etwa die Fernverwaltung der aus Europa wegverlagerten Flüchtlingscamps vorstellen. Die könnte mit „technischen Beratern" und logistischer Unterstützung aus den Industrieländern aufgezogen werden, was kurzfristig ein lukratives Geschäft zu sein scheint, langfristig aber zur Armutsfalle wird. Erste Anzeichen für ein solches Szenario lassen sich unschwer finden. Im September 2003 unterbreitete EU-Kommissar Antonio Vitorino angesichts der stockenden Verhandlungen über Rücknahmeabkommen den Vorschlag, im Austausch gegen die Rücknahme von (Transit-)Flücht-lingen feste Einwanderungsquoten zu gewähren. Er denke dabei vor allem an unqualifizierte Arbeitskräfte, die in Europa durchaus gebraucht würden. Italien, so fügte Vitorino hinzu, habe mit dieser Regelung bereits positive Erfahrungen gemacht.

Ein weiteres Beispiel: Am 8. Januar 2003 unterzeichnete die Schweizer Bundesregierung mit Senegal ein „Transitabkommen". Darin verpflichtete sich das westafrikanische Land, alle in der Schweiz unerwünschten Afrikaner aufzunehmen und in ihr jeweiliges Herkunfts-land weiterzuleiten. Wo die Abgeschobenen beheimatet sind, müssen die Senegalesen dann schon selber herausbekommen.

Dass diese innovative Regelung das Einfallstor für nackte Willkür gewesen wäre, ist leicht vorstellbar. Nur dem vereinten Protest schweizerischer und senegalesischer Menschen-rechtsorganisationen ist es zu verdanken, dass das Abkommen auf Eis gelegt wurde. Fragt sich nur, für wie lange.

deutsch von Bodo Schulze

Bemerkung der redax:

Uns ist aufgestossen, daß der Artikel sich als Maßstab für Flüchtlingspolitik positiv auf die Genfer Konvention bezieht. Die ist zwar fortschrittlicher, als die derzeitige Migrations-politik in der EU, aber natürlich wird einem auch vom klei-neren Übel schlecht. Der Arti-kel analysiert aber so gut die Systematik und Entwicklung der EU-Asylpolitik, daß wir ihn euch nicht vorenthalten woll-ten.

Von Amts wegen anders

Institutioneller Rassismus ist in der Struktur des Staates schon angelegt

Schikanen bei öffentlichen Einrichtungen und Behörden, die statistische Erfassung von „Ausländerkriminalität" oder der Ausschluss von demokratischen Wahlen sind offensichtliche Diskriminierungen, hinter denen sich institutioneller Rassismus verbirgt. Doch die Wurzel des Übels sitzt tiefer: in der Geschichte und Verfasstheit des Staates und seiner Institutionen.

von Serhat Karakayali und Vassilis Tsianos

Die Beschäftigung mit institutioneller Diskriminierung hat in Deutschland, anders als im anglo-amerikanischen Raum, keine lange Tradition. Erst in den 90er Jahren wurde insti-tutioneller Rassismus thematisiert.[1] Im Kontext eines Modells von kulturellem Pluralismus (Multikulturalismus) und verstärkten Anstrengungen zur Gleichstellung von Frauen wurde das Konzept in den 80er Jahren begrifflich und politisch geöffnet und zu einem allgemeinen Konzept institutioneller Diskriminierung weiterentwickelt, das alle relevanten Diskriminierungsmuster bezüglich Geschlecht, sozialer Schicht, Alter usw. einzuschließen sucht. Erst die Kenntnisnahme und Kritik von institutioneller Diskriminierung macht Programme der *affirmative action*[2] oder von Quotierungen zugunsten bestimmter Personengruppen möglich.

Die Begriffskombination »institutioneller Rassismus« war bereits in den sechziger Jahren von Stokely Carmichael und C.V.Hamilton verwendet worden, zwei einflussreichen Theoretikern der Black Power-Bewegung. Sie soll deutlich machen, dass rassistische Denk- und Handlungsweisen nicht Sache der Einstellung einzelner Individuen, sondern in der Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens verortet sind, welche die Angehörigen der eigenen Gruppe systematisch gegenüber den Nicht-Dazugehörigen privilegieren. Man beteiligt sich an der Diskriminierung, solange man sich diesen Bedingungen anpasst- persönliche Vorurteile müssen dabei gar nicht im Spiel sein. Es geht bei der Verwendung des Begriffes darum, die Trennung zwischen politisch-institutionellen Verhältnissen und dem »rassistischen Subjekt« zu überwinden, indem der institutionelle Rassismus als Voraussetzung des individuellen verdeutlicht wird. Dabei werden scheinbar bloß subjektive Äußerungen von Rassismus eben als unterschiedliche subjektive Abwehr- und Rechtfertigungsformen identifiziert: das Subjekt lässt sich durch die politisch-institutionell »angebotenen« rassistischen Arrangements (z.B. Ausländerrecht) und um des scheinbaren individuellen Vorteils willen korrumpieren.

Mehr als Gesetze

Seit Mitte der 80er Jahre arbeitet das DISS (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung) zu den Themen Rechtsextremismus und Rassismus. Es entwickelte in Anlehnung an Foucaults Diskursbegriff ein Rassismusverständnis, das sowohl Wissen und Handlungen als auch deren institutionelle Verfestigungen in staatlichen Formen umfassen sollte.[3] Im Rahmen dieser Arbeiten entwickelten Siegfried und Margret Jäger einen Ansatz, nach dem Rassismus ein Dispositiv, eine »Ansammlung bestimmter Diskurselemente im Einwanderungsdiskurs«[4] ist, welche die negative Bewertung abweichender kultureller oder körperlicher Merkmale beinhalten. Institutioneller Rassismus ist gleichbedeutend mit administrativem Handeln auf der Grundlage von Gesetzen.

Institutionen werden von Jäger/Jäger im

Wesentlichen als Staat verstanden, der mit seinen diskriminierenden Handlungen gegenüber Migrantinnen die Grundlage für rassistische Einstellungen liefert. Der Rassismus ist somit »Folge des hegemonialen, in Gesetzen gefassten und in der Politik vertretenen Rassismus«. Den staatlichen Instanzen sei eine »(Mit)-Verantwortung« für die rassistischen Handlungen zuzusprechen, vor allem weil der Staat durch sein Gewaltmonopol und seine demokratische Legitimation »sich jeder Kritik entziehe«. Zwar deuten die Autorinnen einen Zusammenhang mit Migration an, indem sie etwa darauf verweisen, dass der Staat auf den »Druck« der Migration reagiere, ansonsten bleibt aber ungeklärt, weshalb staatliche Instanzen überhaupt rassistisch diskriminieren. Einen Hinweis könnte dabei die Formulierung geben, nach der die Staatsapparate ihre Entscheidungen »auf der Grundlage von Gesetzen« treffen. Staatsapparate funktionieren also nicht bloß automatisch, sondern sind durchzogen von konfliktiven gesellschaftlichen Verhältnissen.

Anfang der 90er jähre hat Birgit Rommelspacher[5] diesen Aspekt zur Sprache gebracht, als sie die Interessen der Mehrheitsbevölkerung an der Unterdrückung der Minderheiten thematisierte. Nach ihrem Konzept der »Dominanzkultur« wollen die Vertreterinnen der Mehrheit ihre Privilegien und Vormachtstellung mit Hilfe ständiger Normierungen gegenüber den Migrantinnen absichern. Kulturelle Hegemonie dient demzufolge der Ausgrenzung und Entwertung der kulturellen Praktiken der ‚Anderen', sie ist Ausdruck individueller internalisierter Strategien, die sich zugleich in Institutionen niederschlagen. Dieser Ansatz war hilfreich, um die subjektiven Interessen von Frauen und Männern an verschiedenen Formen des Rassismus zu verstehen. Woran es ihm jedoch mangelt, ähnlich wie bei Jäger/ Jäger, ist die Theoretisierung des unterstellten asymmetrischen sozialen Verhältnisses, innerhalb dessen die Akteure ihre Strategien entfalten. Die Ungleichheit, die die Mehrheitsdeutschen absichern wollen, ist ebenso vorausgesetzt wie bei Jäger/ Jäger der Diskriminierungsrassismus des Staates, der lediglich nach‚unten' ausstrahlt.

Der Begriff des Institutionellen Rassismus stellt den Höhepunkt der bisherigen deutschen antirassistischen Debatte dar, sowohl hinsichtlich der relativen Etablierung bis in linksliberale Kreise, als auch seiner Wirkungslosigkeit.

An den oben skizzierten Mängeln wird deutlich, dass die Debatte um Institutionellen Rassismus in Deutschland ohne die in der internationalen Diskussion übliche theoretische Begriffsarbeit geführt wird. Der Begriff wurde eingeführt, ohne die sozialen und theoretischen Modi in den Blick zu nehmen, die es ermöglichen, Institutionen auf ihre rassistischen Implikationen oder Praktiken hin zu analysieren. Stattdessen wurden in einem theoretischen Verfahren Institution und Rassismus einfach zueinander addiert. So kann man den Rassismus zwar skandalisieren, nicht aber in seinem gesellschaftlichen Wirkungszusammenhang begreifen.

Es ist unter anderem diese theoretische Ungenauigkeit, die Robert Miles schon Mitte der 80er Jahre veranlasste, eine Kritik der institutionalisierten Formen antirassistischer Politik z.B. in Gestalt von Anti-Diskriminierungsgesetzen zu formulieren, denen ein bestimmtes Verständnis von »institutionellem Rassismus« zugrunde lag.[6] Zwar wurde Miles auch in der deutschen Debatte beinahe schon inflationär rezipiert, jedoch nur hinsichtlich seiner Systematisierung der Definitionskriterien des Rassismusbegriffs. Nicht zur Kenntnis genommen wurde hingegen seine Analyse des Institutionellen Rassismus. Gerade hier bestehen jedoch Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung einer Theorie des Verhältnisses zwischen Staat und Rassismus.

Miles & More

Robert Miles, Soziologe und Leiter der Forschungsgruppe »Migration und Rassismus« an der Universität Glasgow, ist einer der bekanntesten Vertreter der neuen britischen Rassismusdiskussion. Mit seiner Abwendung vom Paradigma des »Rasse«-Konzeptes ebnete er den Weg für die Anwendbarkeit des Konzeptes der Rassenkonstruktion auf Prozesse der Ethnisierung der Einwanderinnen, ohne dabei auf das sozialwissenschaftliche Paradigma der »Ethnizität« zu rekurrieren, in dessen Rahmen Rassismus zu einem Unteraspekt des Ethnozentrismus degradiert wird. Miles bestimmt Rassismus analytisch ausschließlich als ideologischen Prozess der Repräsentation von Gruppenkonstruktionen in Diskursen der Differenz. Dabei weist er methodologisch-individualistische Ansätze (wie den von Cohen[7]), die vom individuellen Nutzen der Vorurteile für die rassistischen Subjekte ausgehen, ebenso zurück wie funktionalistische Ansätze, die den Rassismus auf seine Funktion und seine Konsequenzen reduzieren. Im Unterschied zur bundesdeutschen Debatte unterscheidet Miles Ausgrenzungspraktiken vom institutionellen Rassismus. Er benutzt den Begriff der Ausgrenzungspraxis, »um all die Fälle zu analysieren, in denen eine näher bezeichnete Gruppe bei der Zuteilung von Ressourcen und Dienstleistungen nachweislich ungleich behandelt wird, oder in denen sie in der Hierarchie der Klassenverhältnisse systematisch über- oder unterrepräsentiert ist«. Notwendige definitorische Voraussetzung dieser so gefassten Ausgrenzungspraxis ist die Diskriminierung einer sozial definierten Gruppe, die der Ausgrenzung vorausgeht. Die jeweiligen Praktiken von Diskriminierung, Unterdrückung und Ausgrenzung implizieren nicht unbedingt eine funktional äquivalente Ausgrenzungsideologie. Sie sagen an sich nichts über den repräsentationalen Gehalt der ausgeübten Diskriminierung aus.

Der hierzu komplementäre Begriff ist der des »Institutionellen Rassismus«, derauf zwei Arten von Verhältnissen beruht und diese widerspiegelt. Erstens basiert er auf Verhältnissen, in denen Ausgrenzungspraktiken direkt aus einem rassistischen Diskurs heraus entstehen und ihn materialisieren, ohne dass die Praktiken explizit durch diese Diskurse gerechtfertigt werden. Diese Ausprägungsform resultiert aus der Präexistenz eines Rassismusdiskurses. Die Institutionen führen einen Rassismus quasi-automatisch fort, wie z.B. im Fall des Antiziganismus, in dessen Rahmen Roma und Sinti bis heute diskriminiert werden. Zweitens beruht der Institutionelle Rassismus auf Verhältnissen, in denen ein explizit rassistischer Diskurs so abgewandelt wird, dass der unmittelbar rassistische Inhalt verschwindet, sich die ursprüngliche Bedeutung aber auf andere Wörter überträgt.

Die zweite Ausprägungsform, die für die aktuelle Formation des neorassistischen Diskurses in Deutschland sehr charakteristisch ist, konzipiert Miles als einen »Verschiebungsprozess der Bedeutungen, in dessen Rahmen ein rassistischer Diskurs in einem anscheinend nicht-rassistischen Diskurs Eingang findet.« Der französische Rassismusforscher Etienne Balibar trägt diesem Aspekt der metonymisierenden Wandlung des rassistischen Diskurses in Frankreich folgendermaßen Rechnung: »So entdecken wir, daß im heutigen

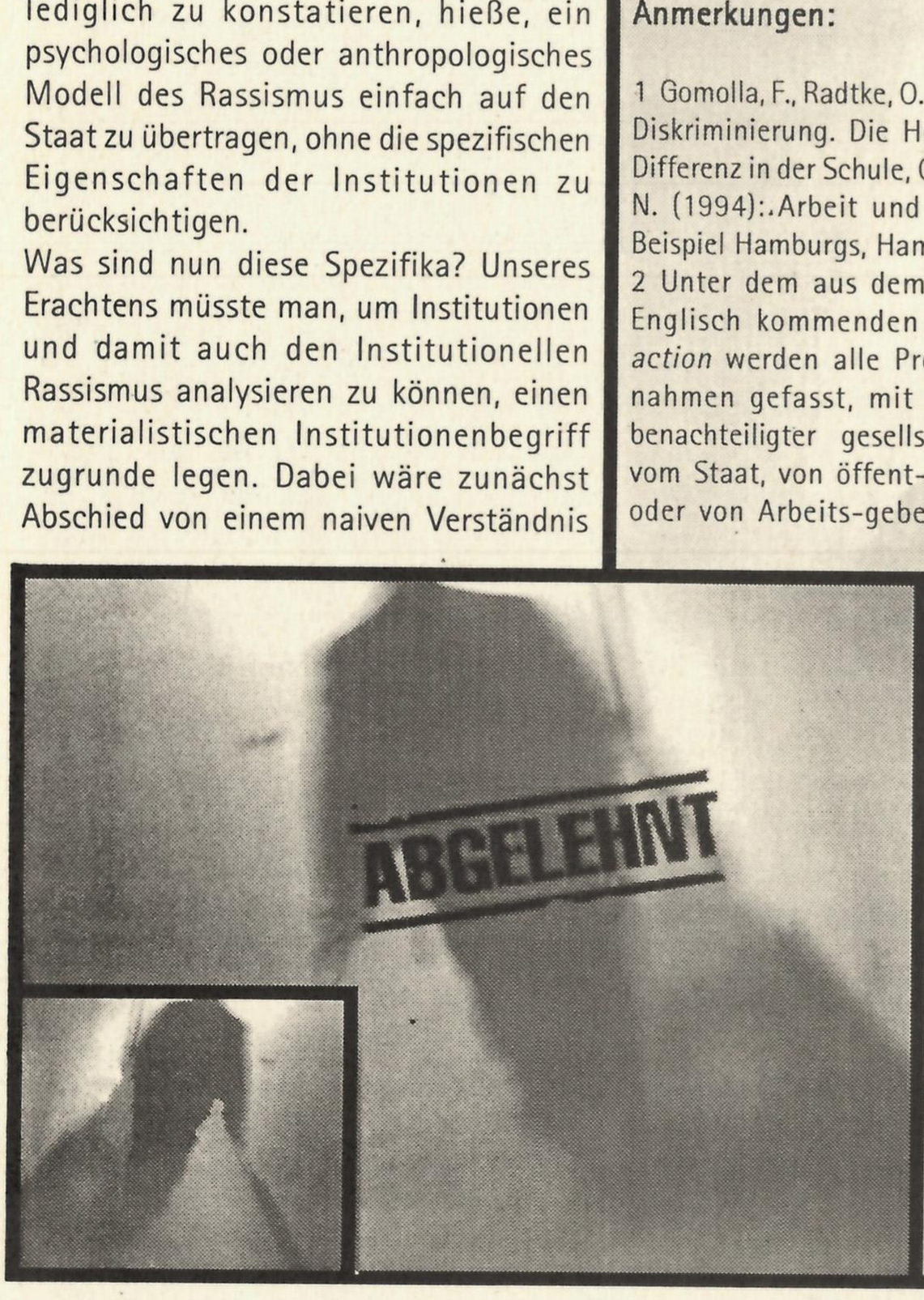
Frankreich die ‚Immigration' der Name par excellence für die Rasse geworden ist, ein neuer Name, der jedoch die gleiche Funktion wie der alte hat, so wie ‚Immigrant' das Hauptmerkmal ist, das die Einordnung der Menschen in eine rassistische Typologie erlaubt.«[8]
Ausschlaggebendes Moment bei der Analyse ist somit nicht die Beurteilung der rassistischen Handlungsformen, sondern das Aufzeigen einer historischen Verkettung: der Geschichte des Rassismus.

Business dass

Institutioneller Rassismus hängt also eng mit Prozessen der Migration zusammen, in deren Wirkungszusammenhang sich rassistische Ausschließungs- und Unterwerfungspraktiken heute vielfach überlagern.
In den Migrationsregimen der Nationalstaaten, aber auch in supranationalen Institutionen wie der EU, artikulieren sich nicht nur die Modi der Einwanderung, sondern auch die pluralen Klassenkräfteverhältnisse, die die Unterschichtung und Entrechtung der Migrantinnen möglich machen. Dies heißt auch, den Zusammenhang zwischen Staat, Volk, Nation und Kapitalismus in den Blick zu nehmen, denn dieser ist es, der letztlich Institutionellen Rassismus ermöglicht. Ihn lediglich zu konstatieren, hieße, ein psychologisches oder anthropologisches Modell des Rassismus einfach auf den Staat zu übertragen, ohne die spezifischen Eigenschaften der Institutionen zu berücksichtigen.
Was sind nun diese Spezifika? Unseres Erachtens müsste man, um Institutionen und damit auch den Institutionellen Rassismus analysieren zu können, einen materialistischen Institutionenbegriff zugrunde legen. Dabei wäre zunächst Abschied von einem naiven Verständnis der Institutionen zu nehmen, nach dem diese nichts weiter sind als gesellschaftliche Konventionen. Man müsste stattdessen darüber nachdenken, welche gesellschaftlichen Verhältnisse sich auf welche Weise in den Institutionen eigentlich artikulieren und welche Transformationen des Sozialen und Politischen im Prozess der Institutionalisierung stattfinden. Das wäre die Voraussetzung, Institutionen in eine Geschichte der rassistischen Verhältnisse einbetten zu können, denn der Rassismus kann nur in seiner historischen Bewegung verstanden werden. Schließlich bedarf es einer Reflektion der spezifischen Art und Weise, in der rassistische Praktiken in staatlichen Apparaten überhaupt existieren können, d.h. also auch einer Analyse der Staatsapparate hinsichtlich ihrer Funktion im Migrationsregime. Bereits Ende der 70er Jahre entwickelte der marxistische Theoretiker Nicos Poulantzas einen relationalen Staatsbegriff, der für die Beantwortung der Frage nach dem Zusammenhang von Staat, kapitalistischer Ökonomie und Rassismus hilfreich ist. Nach Poulantzas verdichten sich die Klassenkräfteverhältnisse im Sinne einer geordneten Verkettung von Effekten im Staat materiell und schreiben sich in seine institutionelle Materialität konstitutiv ein. Der Staat kann demnach nicht als neutrales Instrument betrachtet werden, als leere Hülle, derer sich die jeweils stärkste gesellschaftliche Gruppe bemächtigt, auch nicht als Subjekt, das eine abstrakte Macht jenseits der Klassenstruktur besäße. Er ist sowohl Kristallisationspunkt als auch Ort der Klassenauseinandersetzungen. Mit der Konzeption des Staates als der *materiellen Verdichtung von Kräfteverhältnissen* fand Poulantzas staatstheoretischer Beitrag seinen populärsten Slogan (kritisch dazu Demirovic [9]).
Eine solche Theorie der Klassenkräfteverhältnisse unterscheidet zwar Klassenfraktionen, geht aber auf die für unsere Fragestellung entscheidende Klassenzusammensetzung nicht ein. Transnationale Migration ist nun aber unter anderem ein Prozess der permanenten Neuzusammensetzung der Klassen. Um Migration und Rassismus im strukturellen und institutionellen Aufbau des kapitalistischen Staates bestimmen zu können, bedarf es über Poulantzas' These hinaus einer Perspektive auf den Zusammenhang von Ethnisierung und Migration in ihren Wirkungen auf die beherrschten Klassen und ihre Spaltungen.

Anmerkungen:

1 Gomolla, F., Radtke, O. (2002): Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule, Opladen. Und: Räthzel, N. (1994):.Arbeit und Diskriminierung am Beispiel Hamburgs, Hamburg.
2 Unter dem aus dem US-amerikanischen Englisch kommenden Begriff *affirmative action* werden alle Programme und Maß-nahmen gefasst, mit denen An-gehörige benachteiligter gesellschaft-licher Gruppen vom Staat, von öffent-lichen Einrichtungen oder von Arbeits-gebern gezielt gefördert werden (Zulassungserleichterungen, Stipendien, Förderkurse usw.).
3 Jäger, S. (1992): Brandsätze: Rassismus im Alltag, Duisburg.
4 Jäger S., Jäger, M. (2002): Das Dispositiv des Institutionellen Rassismus. Eine diskurstheoretische Annäherung. In: Demirovic, A., Bojadzijev, M., a.a.O., S. 212-224.
5 Rommelspacher, B. (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin.
6 Miles, R. (1991): Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg.
7 Cohen, P. (1994): Verbotene Spiele. Theorie und Praxis antirassistischer Erziehung, Hamburg.
8 Balibar, E. (1990): Rassismus und Krise. In: Balibar, Wallerstein: Rasse, Klasse, Nation. Ambiva-lente Identitäten. Ham-burg, 261-272.
9 Demirovic, A. (1982): Jenseits der Ästhetik. Zur diskursiven Ordnung der marxistischen Ästhetik, Frankfurt.
10 Wallerstein, Immanuel (1986): Das moderne Weltsystem: kapitalistische Landswirtschaft und die Entststehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert, Frankfurt.
11 Balibar, E. (2001): Kommunismus und Staatsbürgerschaft. Überlegungen zur emanzipatorischen Politik am Ende des 20. Jahrhunderts. In: diskus 2, Frankfurt.
12 Balibar, Etienne (2003): Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen, Hamburg.



Wohlfahrt für Staatsbürger

Die Weltsystem-Theorie von Immanuel Wallerstein lieferte hierzu bereits in den 70er Jahren einen entscheidenden Hinweis.[10] Ihr zufolge erwächst Arbeitsmigration aus den Funktionserfordernissen des sich ständig verändernden kapitalistischen Weltsystems und seines Zwangs zum Wachstum. Sie ist verknüpft mit Prozessen der »Ethnisierung« der Weltarbeitskraft und mit der rassistischen Segmentierung des Arbeits- und Wohnmarktes. Rassismus sei also die Institutionalisierung der durch die internationale Arbeitsteilung durchgesetzten Hierarchien. Wallerstein weist des weiteren darauf hin, dass die strukturelle Spannung und Ungleichheit in der internationalen Arbeitsteilung nicht automatisch und unvermittelt, sondern über den Staat in die Strukturn der nationalen Segmentierung von Arbeitsmärkten hineinwirkt.

Die Ethnisierung könnte demnach als ein konstitutives Element der Klassenbildung bestimmt werden, und zwar nicht auf der Ebene der Klasse als Produktivkraft, sondern in Bezug auf das kapitalistische (Staats-)Regime, das in der strukturellen Desorganisation der Beherrschten besteht. Der kapitalistische Staat reguliert innerhalb des jeweils etablierten Migrationsregimes nicht nur die Segmentierung der Arbeitskraft, sondern er kontrolliert auch eine Struktur der differenzierten Reproduktion der Arbeitskräfte. Um zu verstehen, wie diese Reproduktion entlang ethnisierender Kategorien funktionieren kann, bedarf es wiederum einer genaueren Bestimmung des Ein- bzw. Ausschlussmodus unter der Perspektive auf die Nation-Form und ihres Wandels als politisch-ideologische Einheit. Mit anderen Worten, wenn in Poulantzas' Konzeption des Staates dieser durch den Klassenkampf strukturiert ist und die Kräfteverhältnisse im Klassenkampf die Art und Weise sowie den Umfang markieren, in dem die Arbeiterklasse »im Staat anwesend« ist, auf welche Weise ist dann der Rassismus im Staat anwesend? Wir glauben, dass Etienne Balibars These vom »national-sozialen Staat«[11], die er in Anschluss an Poulantzas entwickelte, die theoretische Lücke schließen kann. Balibar zufolge ist »die Regulierung [...] der Klassenkämpfe durch die Sozialpolitik und die Institutionen zur kollektiven Sicherung zumindest eines Teiles der Lohnarbeiter, die als ‚Wohlfahrtsstaat', Weifare State oder Sozialstaat bezeichnet wird, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts absolut unentbehrlich für die Erhaltung der nationalen Form des Staates«. Die Bedeutung des »national-sozialen Staats« liegt darin, ein Migrationsregime zu etablieren, das die Rekonstitution der beherrschten Klassen als desorganisierte ermöglicht. Diese Desorganisierung ist möglich, weil die in diesem Prozess stattfindende Kopplung sozialer Rechte an die Staatsbürgerschaft, die »soziale Staatsbürgerschaft«, wie Balibar es nennt, die Nationalisierung der Arbeiterklasse materiell fundiert. Auf der anderen Seite ist die staatliche Kontrolle von Einwanderung der institutionelle Ort, an dem ein Mechanismus der differenzierenden Reproduktion der Arbeitskraft dadurch stattfinden kann, dass einem Teil der Arbeiterklasse soziale Rechte vorenthalten werden. Die Trennung von Lohnarbeit und Staatsbürgerschaft für einen Teil der Arbeiterklasse liefert dann die Grundlage dafür, dass sich der Rassismus konstitutiv in die institutionelle Materialität des Staates einschreibt.

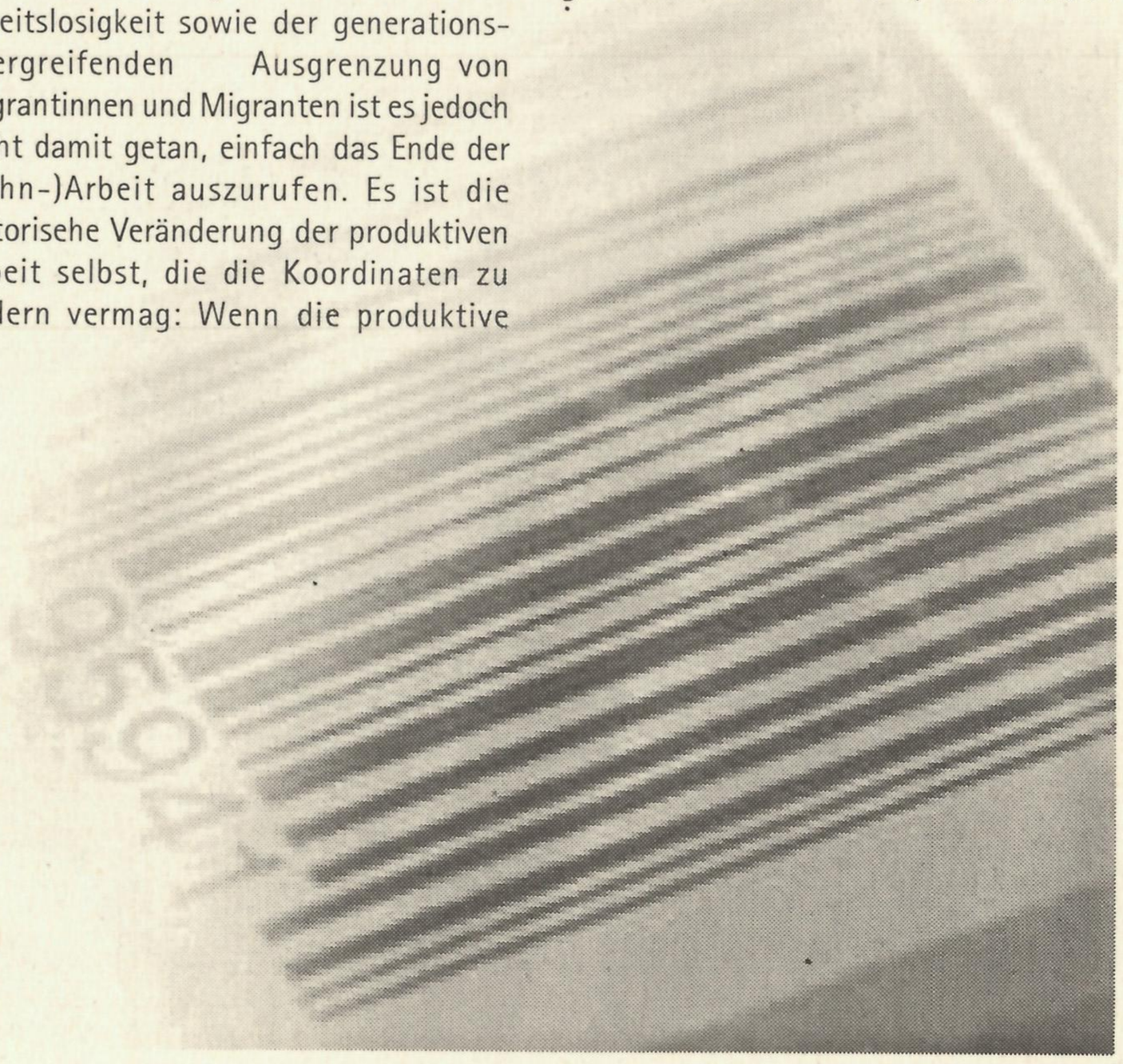
Produktion von Gesellschaftlichkeit

Die Frauen- und Ökologiebewegungen, aber auch die Kämpfe der Migration haben sich historisch gegen die zentrale Bedeutung der produktiven Arbeit und gegen die Ausschließlichkeit klassischer Klassenkampfkonzeptionen gerichtet. Sie haben Klassenkämpfe aber nicht völlig negiert, sondern in einen neuen Zusammenhang gestellt und erweitert. Angesichts der Krise des europäischen Sozialstaatsmodells und aufgrund von Massenarbeitslosigkeit sowie der generationsübergreifenden Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten ist es jedoch nicht damit getan, einfach das Ende der (Lohn-)Arbeit auszurufen. Es ist die historisehe Veränderung der produktiven Arbeit selbst, die die Koordinaten zu ändern vermag: Wenn die produktive Arbeit zugleich »Produktion von Gesellschaftlichkeit« wird, wie Negri und Hardt in »Empire« schreiben, geht es nicht mehr nur um die Herstellung materieller Existenzmittel, sondern dann ist sie auch potenziell politische Praxis.

Wenn die Arbeit sich ändert, müssen sich auch die Formen des gemeinsamen Kampfes ändern und der Institutionen des sozialen Konflikts. Ein Konzept von Gemeinwesen und Bürgerschaft sei dafür nötig, so Etienne Balibar in seinem Buch »Sind wir Bürger Europas?«[12], das nicht auf Integration und Konsens beruht, sondern den Bürger vom transnationalen Standpunkt her als politisch aktiven Kämpfer vorstellt. Die materielle Grundlage einer für Immigranten offenen »Bürgerschaft in Europa« (im Gegensatz zu einer »europäischen Staatsbürgerschaft«) bilde die Aushandlung von Grenzübertritten für Migrationsbewegungen. Dies schaffe ein neues Aufenthaltsrecht, mit dem Ziel, eine Veränderung des historischen Verhältnisses der Bevölkerung zum Territorium zu finden. Ein Ansatz, der das klassische Feld von Nation, Staat und dessen Grenzen verlässt. Nur so kann institutioneller Rassismus an seinen Wurzeln bekämpft werden.

Serhat Karakayali und Vassilis Tsianos
sind bei *kanak attak* aktiv
(www.kanak-attak.de).

geklaut aus der iz3w, März 2004

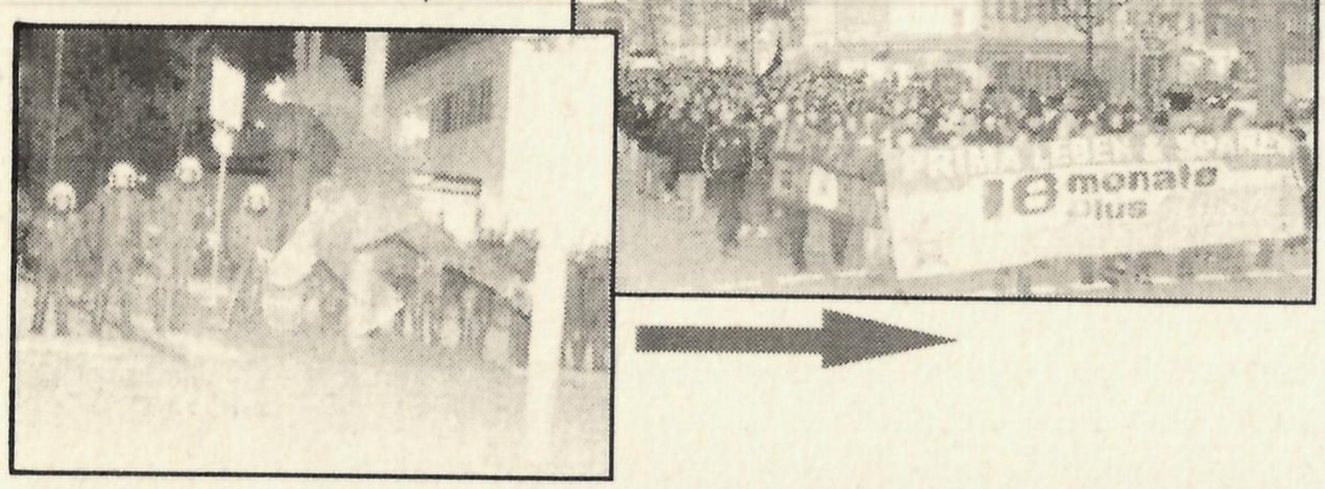


Hamburg N°2

4835 Polizisten waren am Samstag in Hamburg im Einsatz um den Marsch von ca. 380 Neonazis gegen die Wehrmachtsausstellung zu schützen. An der antifaschistischen Gegendemonstration nahmen um die 2000 Leute teil und mehreren Hundert Menschen gelang es trotz der Polizeiübermacht lautstark an der Route der Neonazis zu protestieren. Auf verschiedensten Wegen gelangten Antifaschisten auf die Insel. Der Pendelservice mit einem Tretboot wurde jedoch schnell von der Polizei unterbunden. In diesem Jahr haben bereits vier bekannte Nazis in Norddeutschland ihre Autos eingebüßt. Vor dem Aufmarsch am 31. Januar der Anwalt Jürgen Rieger (Hamburg-Blankenese, früher Schulungszentrum Hetendorf, Artgemeinschaft und inzwischen Veranstalter der Hess-Aufmärsche in Wunsiedel), Lars Jacobs (aus Rostock in die Nähe von Hamburg gezogen, u.a. Anmelder des Naziaufmarsches in Halbe im Herbst letzten Jahres), Manfred Börn (Lüneburg, sein alter roter Feuerwehrwagen diente schon öfter als Lautsprecherwagen auf Naziaufmärschen). Und in der Nacht nach dem Aufmarsch am Samstag erwischte es den roten Golf von Christian Worch.

oben Gegendemo und unten der gut geschützte Naziaufmarsch

Quelle: indymedia

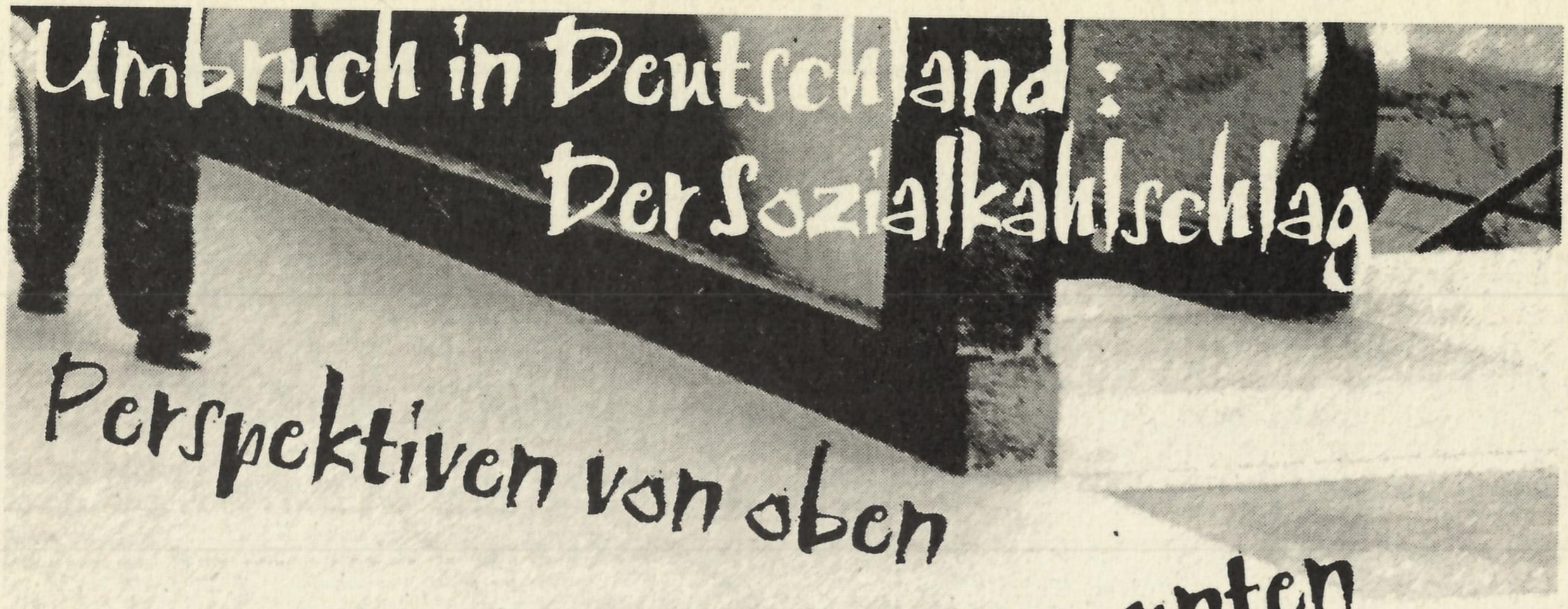


Hamburg N°1

Zum Auftakt der Aktionswoche vom 28.3. bis zum 4.4, gegen die Räumungen der Wagenplätze Henriette und Wendebecken demonstrierten über 1000 Leute in Hamburg. Die Demo zog von der Henriette durch Eimsbüttel und Schanzenviertel bis zum Neuen Pferdemarkt. Auch nach der Duldung der Henriette für 18 weitere Monate findet die Aktionswoche gegen die geplante Räumung des Platzes statt. Das Wendebecken in Barmbek ist im Herbst immer noch von der Räumung bedroht, die Bambule hat noch keinen neuen Platz und der Mietvertrag der Henriette ist noch nicht unterschrieben.

Die Carambar, die Kneipe der Wagenburg in der Wagenburg macht wieder ernst. Die Winterpause ist vorbei und es wird wie wild am Programm für das jetzt endlich anfangende Frühjahr gefeilt. Auf jeden Fall gibt es demnächst (meistens) samstags massenhaft Konzerte, Parties, Kneipe oder anderes. Wenn es noch zu kalt ist wird natürlich geheizt... zieht euch Socken an und achtet auf unsere ersten Flyer.

Umbruch in Deutschland: Der Sozialkahlschlag



Perspektiven von oben – Gegenperspektiven von unten

von Karl Heinz Roth

(Teil I + II)

Seit der berüchtigten »Agenda 2010« der SPD-Grünen-Regierung wird auch in Deutschland der Sozialstaat unwiderruflich geschleift. In allen seinen Funktionsbereichen findet eine pausenlos zugreifende und arbeitsteilig abgestimmte Demontage statt. Der Sozialkahlschlag konzentriert sich auf die Arbeitsmärkte, das Gesundheitswesen, den Bildungssektor, die Altersrenten und die Migrationspolitik.

Neue Verelendung

Durch die sogenannten Hartz-Reformen (Deregulierungspaket I – IV der Hartz-Kommission der Bundesregierung) ist auf den Arbeitsmärkten ein qualitativer Sprung eingeleitet worden, der weitreichende Folgen haben wird. Die auf abhängige Erwerbsarbeit Angewiesenen werden weitgehend entrechtet. Die Sozialfonds für Erwerblose werden auf ein Minimum zusammengestrichen. Der Bezug der bisherigen Arbeitslosenhilfe wird auf das Niveau der Sozialhilfe zurückgeführt und mit dieser gleichgesetzt. So nimmt das seit längerem verfolgte Projekt der Arbeitserzwingung konkrete Gestalt an. Das Ergebnis ist die massive Ausweitung des Sektors ungeschützter Arbeitsverhältnisse, die schon jetzt mehr als die Hälfte des gesamten Arbeitsvolumens ausmachen, und die endgültige Abkehr vom Modell der »Kernbelegschaften«. Auch in Deutschland hält die Arbeitsarmut Einzug. Auf die weitgehende Auflösung der Sozialfonds für Erwerbslose folgt die breite Einführung eines Niedriglohnsektors.

Das Gesundheitswesen wird auf allen Strukturebenen um ein Drittel demontiert und zugleich verteuert. Die Kranken sind seit Jahresbeginn mit weiteren Gebührensteigerungen konfrontiert, die auf mehreren Ebenen greifen. Auf diese Weise wird in allen Strukturbereichen die Privatisierung vorangetrieben. Die Versicherungs- und Pharmakonzerne übernehmen die Regie und unterwerfen das Gut Gesundheit einer an der Rendite orientierten Rationierung.

Auch im Bildungssektor werden drastische Abbaumaßnahmen vorangetrieben. Parallel dazu werden vor allem finanziell greifende Zugangshürden errichtet. Die pluralistisch-demokratischen Strukturreste in Ausbildung und Forschung sind Makulatur geworden und werden auch hier von den Berufsschulen bis zu den Universitäten einer rasch um sich greifenden Privatisierungsoffensive geopfert. Unter dem zunehmenden Anpassungs- und Selektionsdruck wächst die Bereitschaft vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, ihre Denk- und Forschungsstrukturen der Scheinlogik der Märkte zu unterwerfen. Die Gefahr wächst, daß die in Jahrhunderten gewachsenen Fähigkeiten zur kritischen Systemreflexion über die Geschichte und Perspektiven der Gesellschaft beseitigt werden.

Inzwischen werden auch die Bezieher von Altersrenten in den Strudel der Sozialdemontage hineingezogen. Durch hinterhältige Eingriffe in die Leistungskataloge werden die Anwartschaftszeiten fortschreitend verlängert, die Anrechnungszeiten für die Berufsausbildung vollends gestrichen und die Zahlungen schrittweise auf unter 50 Prozent des vorher erzielten Arbeitseinkommens gedrückt. Auch aus diesem besonders sensiblen Kernbereich verabschiedet sich der Sozialstaat und öffnet dem Versicherungskapital durch die Liquidierung des Generationenvertrags und des Umlageverfahrens das Tor für den Zugriff auf die Ersparnisse der kleinen Leute.

Im Gegensatz zu diesen dramatischen Angriffen auf die soziale Sicherheit der Masse der Durchschnittsbevölkerung war die Marginalisierung der Migrantinnen und Migranten schon im Verlauf der letzten fünfzehn Jahre vorangetrieben worden. Die Gesellschaft hat sich an den Skandal der Heimunterbringung, der Aufenthaltsbeschränkungen und der Abschiebeknäste für Flüchtlinge gewöhnt. Bekanntlich wird aber an den Minderheiten nur durchexerziert, was letztlich allen bevorsteht, und deshalb wird sich die Hinnahme dieser brutalen Ausgrenzungsmaßnahmen noch bitter rächen. Es ist jedenfalls ein bedrohliches Zeichen, daß selbst die Einführung beschränkter Immigrationsregulierungen unterbleibt.

Wenn wir diese Veränderungen in ihrem Zusammenwirken reflektieren, dann fällt die Zwischenbilanz bitter aus. Der Bruch mit dem sozialen Sicherungssystem findet jetzt auch zwischen Rhein und Oder statt, und dabei ist es kein Trost, daß der Sozialkahlschlag trotz

seiner Vorentwicklungen seit den 1980er Jahren vergleichsweise spät zu greifen beginnt. Er hat bei der Masse der Löhne und Sozialeinkommen beziehenden Bevölkerung genauso wie bei den durch den Umbau des Bildungswesens betroffenen Jugendlichen eine tiefgreifende Desillusionierung und Verunsicherung ausgelöst, und es ist zum ersten Mal wieder zu breiteren Protestaktionen gekommen. Es ist dringlich geworden, sich über die wahrscheinlichen Folgen dieses sozialen Umbruchs Klarheit zu verschaffen.

Die aktuelle arbeits- und sozialpolitische Entwicklung kann indessen erst in ihren internationalen Zusammenhängen richtig verstanden werden

Globaler Kontext

In Deutschland wird gegenwärtig im Eiltempo nachgeholt, was in den 1980er Jahren in den USA und Großbritannien unter Reagan und Thatcher begonnen hatte und in den 1990er Jahren in Italien, Spanien, Frankreich und der Schweiz sowie in den meisten Schwellen- und Transformationsländern des kapitalistischen Weltsystems ausdifferenziert worden war. Dabei sind in der Taktik des Vorgehens zwar gewisse nationale Differenzierungen zu erkennen, die vor allem durch das unterschiedliche Ausmaß des Widerstands gegen den Sozialabbau bedingt sind. Durch sie werden jedoch die identischen Grundlinien nicht in Frage gestellt. Weltweit ist eine Spirale der sozialpolitischen Demontage in Gang gekommen, die die bisherigen strukturellen Unterschiede zwischen Metropolen, Semiperipherie und Peripherie aus der Perspektive der arbeitenden Armen zunehmend verwischt. Zwar bestehen aufgrund der unterschiedlichen Lebensstandards zu Beginn des sozialen Angriffs auch heute noch erhebliche Unterschiede. Aber für die Obdachlosen und Flüchtlinge ist es nicht mehr so entscheidend, unter welchen Brückenpfeilern und in welchen Asylen sie dahinvegetieren.

Auch die deutsche Entwicklung ist Teil eines weltweiten Deregulierungskonzepts des Kapitals und seiner internationalen Institutionen, das nicht neoliberal, sondern neokonservativ und zutiefst reaktionär ist. Seit den 1980er Jahren erobern die Kapital- und Finanzgruppen die sozialstaatlichen Schalthebel. Sie verkehren die bisherige Richtung der Umverteilungsmechanismen zur Existenzsicherung der Schwachen in ihr Gegenteil. Gleichzeitig erzwingen sie in einem alle Nationalstaaten erfassenden Dominoeffekt eine massive Senkung der Steuereinnahmen. Während die Budgets für die Sozialeinkommen der Armen gedrosselt werden, werden die Etatposten für den Ausbau des Repressionsapparats – Polizei-, Gefängniswesen und Psychiatrie – erhöht. Die sozial ausgleichende »linke Hand« der Staaten verkümmert zunehmend, und die Vordenker und Akteure des neokonservativen Umbaus betonen die Notwendigkeit einer »starken Rechten«, um die sozialen Desintegrationsfolgen ihres Vorgehens vorbeugend unter Kontrolle zu bringen. Wer sich mit dem Elendsdasein eines arbeitenden Armen nicht abfinden will und in die kriminalisierten Sektoren der Schattenwirtschaft ausweicht, soll die Schlagkraft des abstrafenden Repressionsstaats zu spüren bekommen. Dieser Umbau war und ist nur möglich, weil sich die in den parlamentarischen Repräsentationssystemen verankerten politischen Klassen aller Lager den Strategien und Verheißungen des neokonservativen Zugriffs unterworfen haben. Da sie sich selbst jedoch bei der Verabschiedung ihrer sozialpolitischen Gesetzes- und Verordnungspakete von den nachteiligen und existentiell verunsichernden Folgen ausnehmen, ist ihr Kotau mit folgenreichen kollektiven Korruptionserscheinungen verbunden. Die kollektive Selbstbevorteilung macht die politischen Klassen weithin sichtbar und löst bei denjenigen, die unter der von ihnen dekretierten sozialen Ungerechtigkeit zu leiden haben, Ressentiments und Haßgefühle aus. Dies führt mittelfristig zu einer Demontage der repräsentativ-demokratischen Systeme von innen heraus und kann gefährliche Folgen haben. Unter diesen Vorzeichen erleben wir nun auch in Deutschland – fünfzehn Jahre nach Frankreich und zehn Jahre nach Italien – die Selbstzerstörung der Sozialdemokratie aller Varianten, wobei sich auch die PDS durch ihre Beteiligung an der Berliner Stadtregierung und deren Kapitulation vor den aus dem Kalten Krieg überkommenen Finanzspekulanten selbst das Grab geschaufelt hat. Aber auch in solchen Ländern, in denen wir es mit unbezweifelbar integren politischen Führungen zu tun haben, wie beispielsweise in Brasilien, scheint es keine Handlungsräume für wirksame Gegeninitiativen mehr zu geben.

Imperialistisches Netzwerk

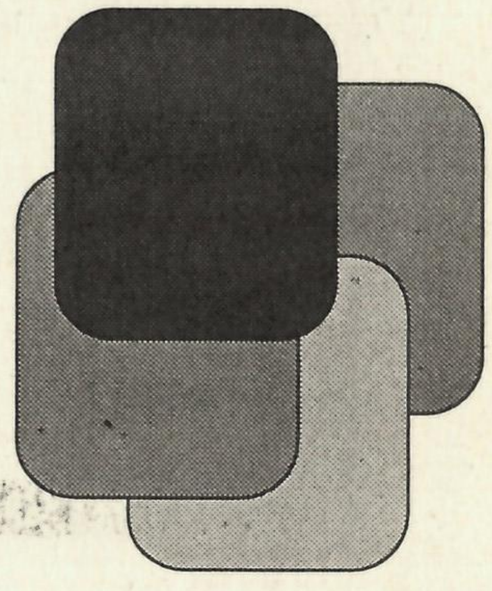
Die inneren Umwälzungen finden unter nicht weniger dramatischen äußeren Rahmenbedingungen statt. Sie sind in die Formierung eines neuen kollektiven Imperialismus eingebettet, der die Weltinstitutionen an die militärische Weltherrschaft der USA anpaßt und sich in den strategischen Krisenzonen des Weltsystems mit Methoden festsetzt, die an den klassischen Kolonialismus erinnern. Trotz aller Rivalitäten unter den Großmächten scheint ein neues Netzwerk imperialistischer Herrschaft zu entstehen, das innere Gegensätze ständig ausgleicht und die gemeinsame Kontrolle über die strategischen Ressourcen sowie die Stagnations- und Depressionsgebiete des Weltsystems durchsetzt. Auch die Frage, in welchen Regionen als bedrohlich geltende Blockaden gegen die Ausweitung der Wertschöpfung gewaltsam beseitigt werden sollen, scheint trotz des jüngsten Alleingangs der angelsächsischen Kriegskoalition gegen den Irak letztlich kollektiv entschieden zu werden – im Rahmen »ultra-imperialistischer« Abstimmungsverfahren, wie sie Karl Kautsky ausgerechnet 1915/16, auf dem Höhepunkt eines zerstörerischen Hegemonialkampfs der Großmächte, vorausgesehen hatte.

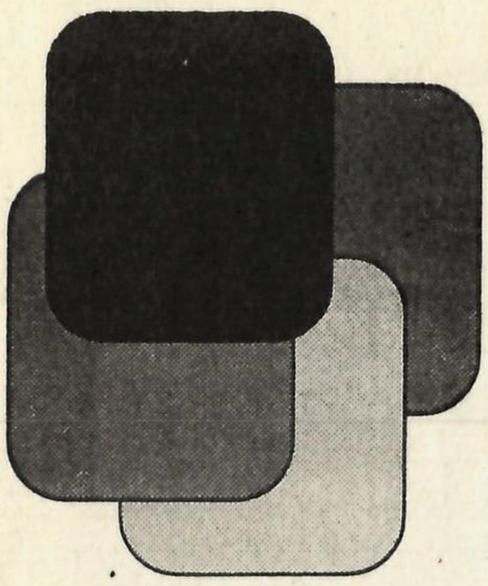
Ziele und Folgen

Welche Ziele verfolgt das neokonservative Projekt und welche Folgen wird die Zerstörung des bisherigen sozialstaatlichen Klassenkompromisses haben?

Der innere Sozialkahlschlag und die veränderten äußeren Weichenstellungen zur Regulierung des kapitalistischen Weltsystems sind zweifellos zwei Seiten einer Medaille. Auf der Grundlage weltweit verschärfter und zugleich kollektiv-gewalttätig abgesicherter Ausbeutungsverhältnisse soll ein neues Akkumulationsregime durchgesetzt werden. Es unterscheidet sich vom voraufgegangenen Zyklus vor allem dadurch, daß es die Vollbeschäftigungsmaxime und das Massenkonsumversprechen des keynesianisch-fordistischen Zeitalters durch ein System der strategischen Unterbeschäftigung ersetzt. Weltweit soll zu Spottpreisen eine wirtschaftliche Reservearmee verfügbar gemacht werden, und weltweit werden die sich vergrößernden unverwertbaren Segmente der Massenarmut auf neue Weise ausgegrenzt und eingefriedet. Die postkoloniale Bewegungsfreiheit der transkontinentalen Massenmigrationen wird wieder aufgehoben. Die von den Migrantinnen und Migranten erkämpfte Freizügigkeit stößt inzwischen überall auf der Welt auf elektronische Grenzzäune und auf weithin sichtbare Mauern. Diese Monumente einer neuen Ausschließungskultur demonstrieren auf drastische Weise, daß die Annahme, die ungezügelte Mobilität des Kapitalverkehrs würde auch eine »neoliberale« Freizügigkeit der Menschen hervorbringen, eine Illusion war. Nicht nur in dieser Hinsicht hat sich der sogenannte Neo-Liberalismus als kompromißlos menschenfeindlicher Neo-Konservatismus entlarvt, der immer unverhüllter auf autoritäre Herrschaftsmechanismen zurückgreift.

Zusätzlich soll dieses neu dimensionierte äußere Wachstumsmodell langfristig durch eine innere Expansionsdynamik gesichert werden. Durch diesen Weg in das Innere der Gesellschaften unterscheidet sich das gegenwärtige Akkumulationsregime am weitesten von seinen Vorläufern. Denn seine Planer und Vordenker sind sich der Tatsache bewußt, daß die letzten noch verbliebenen äußeren Wachstumsquellen – vor allem die





Rekonstruktionszone in Ostmitteleuropa und der gigantische late comer China – in zehn bis fünfzehn Jahren erschöpft sein werden. Dann hat das kapitalistische Weltsystem endgültig einen Zustand erreicht, in dem es sich die lebenden und toten Schätze dieser Erde restlos einverleibt hat. Es ist an seine äußeren Grenzen gestoßen, und damit entfällt eine der entscheidenden Voraussetzungen seiner geschicht-lichen Dynamik. Da aber der Expansionsdruck einer »endlosen Kapitalakkumulation« (Immanuel Wallerstein) das Wesen des Weltsystems ausmacht, wäre es zum Untergang verurteilt, wenn ihm der Umschlag zu einer nach innen zurückschlagenden Dynamik nicht gelingen sollte. Hier sehe ich die entscheidende Ursache für die gnadenlose Härte, mit der die Planungs- und Aktionszentren des Kapitalismus sich gegenwärtig die bisherigen »allgemeinen Produktionsbedingungen« des Wachstums – gesellschaftliche Reproduktionssphären, soziale Sicherungssysteme, Infrastrukturen und Bildungswesen – aneignen.

Hemmungslose Privatisierung

Nun hat der Kapitalismus auch bei der Strukturierung der nationalstaatlichen »Volkswirtschaften« schon immer eine entscheidende Rolle gespielt. Aber der jetzige Umbruch signalisiert eine neue Qualität des Zugriffs. Im Dienst der inneren Expansion wird die »Agenda 2010« die »Kommodifizierung« der Gesellschaft auf eine qualitativ neue Stufe heben, indem im Dienst der nach innen umschlagenden Kapitalexpansion jetzt allgemeine Alltagsbedürfnisse – Bildung, Gesundheit, Alterssicherung usw. – hemmungslos privatisiert und unter das Diktat der Rendite gestellt werden. Der Kapitalismus weitet seine Kontrolle über den Produktions- und Verteilungssektor auf die Gesellschaft aus und macht sie sich tributpflichtig. Er wandelt sich zu einem Kapitalismus der Gebühren und Dienstleistungsrenditen, die er von Millionen kleiner Einkommensbezieher eintreibt. Ein solches Akkumulationsmodell wäre den Heroen des industriellen Kapitalismus selbst in ihren wildesten Träumen nicht eingefallen. Für die Mehrheit der Gesellschaft ist dieser Aufbruch des Kapitals »nach innen« außerordentlich folgenreich. Alle, die ihre Arbeitskraft vermieten müssen, um leben zu können, geraten in allgemein ungesicherte Arbeitsverhältnisse. Als neue Form der »Vollbeschäftigung« entsteht ein breiter Niedriglohnsektor. Um ihr Dasein zu fristen, müssen immer mehr Menschen ihren Arbeitsalltag nacheinander auf drei oder vier miserable Jobs verteilen. Ihre Arbeitszeiten steigen dramatisch, während ihre Einkommen sinken. Sie sind zur Arbeitsarmut bis ans Lebensende verurteilt Wer hätte es vor 20 Jahren für möglich gehalten, daß angesichts der rasanten Produktivkraftentwicklung der Kampf für den Achtstundentag und ein freies Wochenende jemals wieder zu einem Hauptanliegen der Assoziation der Ausgebeuteten werden könnte?

Als besonders folgenreich werden sich die Eingriffe in das Bildungs- und Wissenschaftssystem erweisen. Es entstehen neue Zugangsbarrieren auf allen Ebenen. Wissenschaftliche Qualifikationen werden sich nur noch die Kinder der einkommensstarken Gewinner des neokonservativen Umbruchs aneignen können. Mit dieser »elitären« Neuorientierung wird die Marginalisierung des selbstkritischen gesellschaftlichen Reflexionsvermögens einhergehen. Je stärker sich diese Tendenz durchsetzt, desto höher wird der Preis sein, den die Gesellschaften für ihren Rückfall in den Obskurantismus vor-aufklärerischer Marktvergötzung und analphabetisierter Ressentiments zu zahlen haben.

Ein weiterer Schritt zu Dehumanisierung des gesellschaftlichen Lebens wird durch die Beschränkung des Zugangs zu den Ressourcen des Gesundheitswesens eingeleitet. Wer kein ausreichendes Einkommen hat, um den Wechselfällen einer schweren Erkrankung zu begegnen, wird seine gesamten Ersparnisse in die Waagschale werfen oder auf die Errungenschaften der neuen – und kostspieligen – Gesundheitstechnologie verzichten müssen. Auf diese Weise wird eine alte und bittere Parole wieder belebt: Weil du arm bist, mußt du früher sterben.

So erzeugt der nach innen expandierende Kapitalismus eine neue Massenarmut. War es ihm im Verlauf des 18. und 19. Jahrhunderts gelungen, durch das Ingangsetzen der Industrialisierung die »gefährlichen Klassen« der Eigentumslosen in Arbeiterklasse und Subproletariat aufzuspalten, so hat er heute, 200 Jahre später, damit begonnen, den umgekehrten Weg einzuschlagen. Die Arbeitsproduktivität seiner Produktions- und Verteilungssysteme ist heute derart angewachsen, daß zur Erzeugung immer größerer Gütermengen immer weniger lebendige Arbeit benötigt wird. Zugleich ist der Kapitalismus dazu übergegangen, dort zu produzieren, wo die Arbeitskosten weltweit am geringsten sind. Deshalb tritt seine »Globalisierung« zunehmend im Gewand einer Deindustrialisierung der klassischen Akkumulationszentren in Erscheinung, und die von den Propagandisten des Kapitals verhöhnte Marxsche Verelendungstheorie realisiert sich unter umgekehrten Vorzeichen. Die Massenarmut kehrt im Prozeß der Deindustrialisierung in die Metropolen zurück, und dabei scheint auch ihre historische Spaltung in Arbeiterklasse und Subproletariat rückgängig gemacht zu werden. So betreten die »classes dangereuses« wieder die historische Bühne.

Neues Gulag-System

Den Denkfabriken des Kapitals ist diese Tendenz nicht verborgen geblieben. Schon in den 1980er Jahren sind die herrschenden Klassen der USA dazu übergegangen, die Massenarmut vorbeugend zu filtern und ihre potentiell gefährlichen Elemente hinter immer höheren Gefängnismauern wegzuschließen. Im neuen Gulag-System der USA sind inzwischen 2,2 Millionen Menschen interniert, und weitere 7,8 Millionen unterliegen der Justizaufsicht, das heißt, sie können bei der geringsten Unangepaßtheit wieder inhaftiert werden. Diesem Trend sind die EU-Länder bislang nur begrenzt gefolgt. In Deutschland und Italien ist statt dessen eine weniger auffällige Technik der Ruhigstellung der Ausgegrenzten und Gestrandeten in Gang gekommen. Sie werden entmündigt, psychiatrisiert und anschließend von den gemeindepsychiatrischen Zentren kontrolliert und medikamentös ruhiggestellt. Ihre Zahl hat sich in den letzten fünf Jahren verdreifacht. Sicher hätten es sich die Väter und Mütter der italienischen und deutschen Psychiatriereform nicht träumen lassen, daß ihre in bester Absicht betriebenen Initiativen zur Auflösung der großen Verwahranstalten und zur Durchsetzung einer humaneren Gemeindepsychiatrie auf derart zynische Weise instrumentalisiert werden könnten

. Wo man derartig mit der »hausgemacht« entstehenden Massenarmut umgeht, haben die Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten ohnehin keine Chance. In einem weit gesicherten europäischen beziehungsweise zentralamerikanischen Vorfeld – der »Schengener Grenze« und dem neuen Grenzregime im Süden der USA – werden sie

inzwischen vor dem Zutritt abgefangen. Soweit sie nicht umgehend deportiert werden, wird die Bewegungsfreiheit der Zugewanderten drastisch beschnitten. Gleichzeitig wird der erneuerte kollektive Kolonialismus die Menschen der Peripherie auf ihren Subkontinenten wieder einfrieden. Wie dies im einzelnen geschehen soll, wurde im Irak-Krieg durchexerziert. Während des Golfkriegs von 1990/91 waren unter den unfreien Migrationsarbeitern der Golfstaaten und den irakischen Minderheiten noch Massenfluchten ausgelöst worden. Im vergangenen Jahr sorgten die angelsächsischen Expeditionstruppen dagegen in einem makabren Zusammenspiel mit den irakischen Verwaltungsbürokratien dafür, daß Massenfluchten unterblieben.

»Alles in allem haben wir ein Projekt zur Polarisierung und Re-Proletarisierung der Weltgesellschaft vor uns, die zum Spielball einer neuen Spirale der »endlosen Kapitalakkumulation« geworden ist. Dieser Umbruch erfolgt nicht spontan, sondern wird durch die Herrschaftszentren des Weltsystems vorangetrieben. Jedoch ist es ziemlich wahrscheinlich, daß sie in absehbarer Zeit die Kontrolle über ihn verlieren, und das Weltsystem auf eine chaotische Transformation zusteuert, deren Ergebnis völlig ungewiß ist.

Wie unsicher sich die Akteure selbst über den Ausgang ihrer Transformationsinitiative sind, bezeugt der Aufwand, den sie betreiben, um ihre Vorgehensweise medial, sprachlich und ideologisch abzusichern. Die Reaktion definiert sich als »Reform«, aus den Entmündigungsgesetzen werden »Betreuungsgesetze«, und in Zeiten steigender Massenerwerbslosigkeit werden die neuen Instrumente zur Arbeitserzwingung als »aktivierende Sozialpolitik« verharmlost. Im Dienst dieser semantischen Umdeutungen werden die Medien zum wichtigsten Scharnier zwischen den herrschenden Kapitalgruppen, den Entscheidungsträgern der großen Transformation, und den politischen Klassen als ihren Erfüllungsgehilfen. Tag für Tag produzieren und reproduzieren die Medien semantische Verdrehungen und visualisierte Lügen, um eine zweite, rein virtuelle Realität hervorzubringen, welche die katastrophalen Folgen des Restaurationsprozesses in Erfolgsberichte ummünzt.

Wer nur im Reich dieser virtuellen zweiten Wirklichkeit zu Hause ist, kann keine Erfahrungen mehr sammeln und keine sozialen Lernprozesse mehr mitgestalten, weil er von seinen Mitmenschen isoliert ist und die Wirklichkeit der harten sozioökonomischen Tatsachen nicht mehr wahrnimmt. Diese beiden Funktionen erklären die Macht der Medien: Sie haben die politischen Klassen einzugemeinden und bei den Objekten der Restauration alle gesellschaftlichen Kommunikationsstrukturen, die elementaren Voraussetzungen für soziale Lernprozesse, vorbeugend zu zerstören. Dank der Medien ist der Kapitalismus in Dimensionen der »Gouvernementalität« (Michel Foucault) hineingewachsen, vor denen die Herrschaftsinstrumente der voraufgegangenen Akkumulationszyklen verblassen. Er hat begonnen, den Mentalitätswandel zu manipulieren und zu verkürzen, indem er die bislang mit diesem verknüpften gesellschaftlichen Erfahrungszusammenhänge beseitigt.

Wie könnten die Umrisse einer Gegenperspektive aussehen, die die Entschiedenheit zum Widerstand mit Vorstellungen über eine humane und sozial gerechte Welt verbindet? Über diese Frage ist inzwischen weltweit eine breite Diskussion in Gang gekommen, und sie beginnt immer deutlichere Konturen anzunehmen. Im Rahmen dieses Beitrags kann ich nur auf einige Aspekte verweisen, die mir besonders wichtig erscheinen.

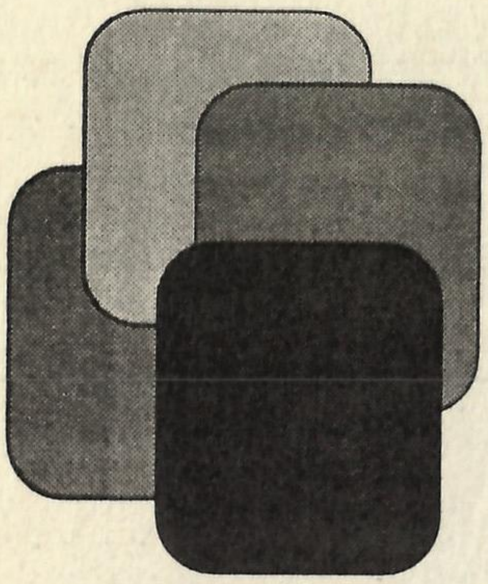
Die vier Voraussetzungen eines Gegenprogramms:

Ansatzpunkte zu realistischen Gegenprogrammen und aussichtsreichen Handlungsmöglichkeiten gibt es meines Erachtens nur noch in einer internationalen Perspektive. Die Nationalstaaten und die aus ihnen hervorgegangenen übernationalen Blockbildungen (EU, NAFTA usw.) sind der neokonservativen Radikalisierung des kapitalistischen Weltsystems nicht mehr gewachsen. Die Gegenperspektive sollte sich vor allem nicht in Block-Konzepte einbinden lassen, denn dann würde sie nur Teil eines vielleicht noch gefährlicheren Umschlags des globalisierten Netzwerkkapitalismus in katastrophale innerimperialistische Machtkonflikte.

Zum zweiten bin ich davon überzeugt, daß die Eroberung der politischen Macht kein Weg mehr ist, der zum emanzipatorischen Ziel hinführt. Die »traditionellen antisystemischen Bewegungen« (Immanuel Wallerstein) der Arbeiterbewegung wollten die gesellschaftliche Befreiung über den Staat in Gang bringen und vollenden. Dieses Projekt ist gescheitert. Aus dem Untergang des sogenannten Realsozialismus können wir nur noch lernen, vor welchen strategischen Fehlentscheidungen wir uns hüten sollten. Auch aus dieser Perspektive sind der Nationalstaat und die durch ihn begründeten Blockbildungen für uns kein Adressat mehr.

Aussichtsreich erscheint mir deshalb nur noch ein breites soziales Bündnis, das von den Subproletarierinnen und -proletariern der neuen Massenarmut über die ungesichert Beschäftigten und die industrielle Arbeiterklasse bis zu den selbständigen Arbeiterinnen und Arbeitern alle Verlierer des Umbruchs einbezieht, also zwei Drittel bis drei Viertel der Gesellschaft. Es gibt keine »zentrale Arbeiterklasse« mehr. In jedem Standort werden andere Segmente des neuen Proletariats überwiegen, in den Schwellenländern sicher auch einmal die Belegschaften großer Industriebetriebe. Aber aus der Gesamtperspektive läßt sich keine Priorität für eine spezifische Schicht – seien es Erwerbslose, Jobber, Scheinselbständige oder Industriearbeiterinnen und -arbeiter – mehr festlegen. Vielleicht hat die Festlegung der historischen Arbeiterbewegung auf jene Klassensegmente, die aus zumeist männlichen freien Lohnarbeitern bestanden – beispielsweise die Facharbeiter oder die Massenarbeiter des Fordismus – schon immer ihre Perspektiven und Aktionsmöglichkeiten unnötig eingeengt.

Das Klassenbündnis all derjenigen, die ihre Arbeitskraft vermieten oder Sozialeinkommen



beziehen müssen, um leben zu können, ist viertens nur auf der Grundlage gemeinsamer Rahmenbedingungen und Vereinbarungen möglich. Seine entscheidende Voraussetzung aber ist und bleibt die konsequente innere Demokratie. Ich halte diese Hypothese für besonders wichtig, und deshalb möchte ich sie etwas näher erläutern:

a) Nur in basisdemokratischen Strukturen läßt sich die elementare Forderung nach sozialer und politischer Gleichheit jenseits von Klasse, Geschlecht und Ethnizität dauerhaft verwirklichen. Mit dieser Grundforderung nehmen wir zugleich die Ziele vorweg, auf die sich eine Gegenperspektive verständigen sollte: Keine Macht für niemand – kein Eigentum für niemand – kulturelle Gleichberechtigung alles Heterogenen.

b) Auf allen Ebenen des sich organisierenden Gegenprojekts sollte ein konsequentes Delegations- und Rotationsprinzip durchgesetzt werden, um die Entstehung neuer abgehobener Funktionärsschichten von vornherein zu vermeiden. Diese Forderung erscheint banal. Aber wer sich nicht erst seit gestern für emanzipatorische gesellschaftliche Perspektiven engagiert, weiß, wie wichtig eine schon im Vorfeld des Neubeginns getroffene Verabredung über diese Frage ist.

c) Das Bündnis hat nur dann eine Perspektive, wenn die inneren Strukturen seiner Partner und Teilnehmer demokratisiert werden. Deshalb sollten auf mittlere Sicht bei allen Bündnispartnern basisdemokratische Strukturen geschaffen werden. Beispielsweise ist es sehr zu begrüßen, daß einzelne DGB-Gewerkschaften inzwischen auf die Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen Wert legen. Für die Vertiefung zum Bündnis wären jedoch einige Voraussetzungen zu klären, die keineswegs auf die lange Bank geschoben werden können. So wären die extrem hohen Gehälter der Gewerkschaftsspitzen auf ein vertretbares Niveau zu senken. Sicher würde die Mehrheit dieser Spitzengruppe daraufhin kündigen, aber dies wäre nur zu begrüßen, weil sie qua Einkommen und Habitus nicht einer Gegenperspektive zuneigen, sondern im Innersten der politischen Klasse der Deregulierer angehören. Darüber hinaus sollten sich die Gewerkschaften von den Knebelungen des Betriebsverfassungsgesetzes – Stichwort: Aufsichtsratsmandate – und von der Mitbestimmung verabschieden, nachdem die Kapitalseite den historischen Kompromiß von 1944 zwischen Julius Leber und Claus Schenk Graf von Stauffenberg längst informell aufgekündigt hat.

In allen diesen Fragen sollten wir uns keinen Illusionen hingeben und nichts auf die lange Bank schieben. Auch die linken Gewerkschaftsgruppen sollten sich einmal darüber Rechenschaft ablegen, inwieweit sie von den Gewerkschaftszentralen nur deshalb toleriert werden, weil sie einen für das Image unverzichtbaren Rest von Basisaktivismus aufrecht erhalten. Letztlich werden sie aber nur nützliche Idioten bleiben und immer auf der Stelle treten, solange sie nicht die Frage nach der innergewerkschaftlichen Demokratie auf die Tagesordnung setzen. Solange sind auch sie für die Masse der Beschäftigten unglaubwürdig und werden zwischen der skeptischen Zurückhaltung der Belegschaften und der Blockadepolitik der Gewerkschaftsleitungen zerrieben.

Die Offenheit einer emanzipatorischen Perspektive

Wir sind Teil eines seit über 500 Jahren bestehenden Systems, das sich gegenwärtig in einem gravierenden Umbruch befindet, ohne daß sich dabei irgendwelche historische »Gesetzmäßigkeiten« ausfindig machen ließen, von denen wir ableiten könnten, wohin die Reise gehen wird. Es ist völlig unklar, ob die als »Deregulierung« bezeichnete Umlenkung der Kapitalakkumulation in das Innere der gesellschaftlichen Reproduktion wirklich gelingt, denn dies würde zur Zerstörung jeglicher Gesellschaftlichkeit führen. Genau so unsicher sind die Chancen des Widerstands und einer darauf aufbauenden Gegenperspektive. Selbst eine globale soziale Konfrontation ist denkbar, bei der sich keine der beiden zentralen Konfliktparteien durchsetzt, so daß aus der sich dann ergebenden Patt-Situation eine völlig neue Gesellschaftsformation hervorgehen könnte, die weder etwas mit den Restaurationsvorstellungen der kapitalistischen Denkfabriken noch mit unseren sozialistischen Erneuerungshoffnungen zu tun hat. Die Richtung, die der Umbruch nehmen wird, ist deshalb völlig offen. Gewiß wird der Widerstand gegen das seit Ende der siebziger Jahre vorangetriebene neokonservative Projekt Massencharakter annehmen, denn das ihm innewohnende Programm grundsätzlicher sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit ist für die große Mehrheit der Menschheit unerträglich. Der Ausgang der Konfrontation ist jedoch völlig offen: So offen, wie er es in der Großen Depression der 1930er Jahre war. Damals waren Faschismus und Zweiter Weltkrieg das traurige Ergebnis. Heute sind chaotische Zustände wahrscheinlicher, die sich unterhalb der Ebene weltweiter militärischer Konfrontationen abspielen und in zwanzig bis dreißig Jahren zu einer wie auch immer gewandelten komplexen Gesellschaftsformation überleiten.

Auf jeden Fall bewegen wir uns auf ein Chaos zu. In dieser Phase der Instabilität können auch kleinere Initiativen große Wirkungen erzielen, wie Immanuel Wallerstein in seiner »Utopistik« betont hat. Wenn wir uns klar machen, daß ein Durchbruch zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit keineswegs gesetzmäßig ist; wenn wir also die Falle der sich von selbst gesetzmäßig verwirklichenden »Utopie« umgehen und mit einem möglichst großen Maß an Skepsis vorgehen, haben wir noch am ehesten die Chance, etwas zu bewirken. Gleichzeitig bewahren wir uns vor allzu großen Enttäuschungen.

Existenzsichernder Mindestlohn

Umrisse einer neuen Vermittlung zwischen konkretem Handeln und Gegenperspektive:

Bei jedem handlungsorientierten Ansatz wäre vom jeweiligen lokalen »Standort« auszugehen, wo es handlungsbereite Menschen gibt und ihre Assoziation zu einem Bündnis gegen den Sozialkahlschlag möglich ist. Denn das vernetzte kapitalistische Weltsystem besteht heute aus 700 bis 800 Standorten plus jeweiligem Hinterland. Wenn wir uns in diesen Standorten verankern, befinden wir uns innerhalb der entscheidenden Nervenzentren des Weltsystems, von denen aus die Weltinstitutionen, supranationalen Machtblöcke und Nationalstaaten dirigiert werden.

Je nach der sozialen Zusammensetzung der Standorte könnten im Prozeß des Aufbaus der ersten Kommunikationsnetze spezifische Aktionsformen entwickelt und erprobt werden. Generell denkbar wären Initiativen zur Durchsetzung eines existenzsichernden Mindestlohns, von radikaler Arbeitszeitverkürzung und betrieblicher Demokratisierung. In unseren Breiten könnte

man hier an die Erfahrungen der Jobber- und Erwerbslosenbewegungen der 1980er Jahre anknüpfen, aber auch an die Praxis der neuen italienischen und französischen Basisgewerkschaften; die hiesige Gewerkschaftslinke könnte hier ihren Platz finden, falls das Projekt der innergewerkschaftlichen Demokratisierung mißlingen sollte. Daß in vielen Schwellenländern ganz andere Voraussetzungen bestehen und beispielsweise die in den maquiladores ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeiter eine wesentliche Rolle spielen werden, versteht sich von selbst.

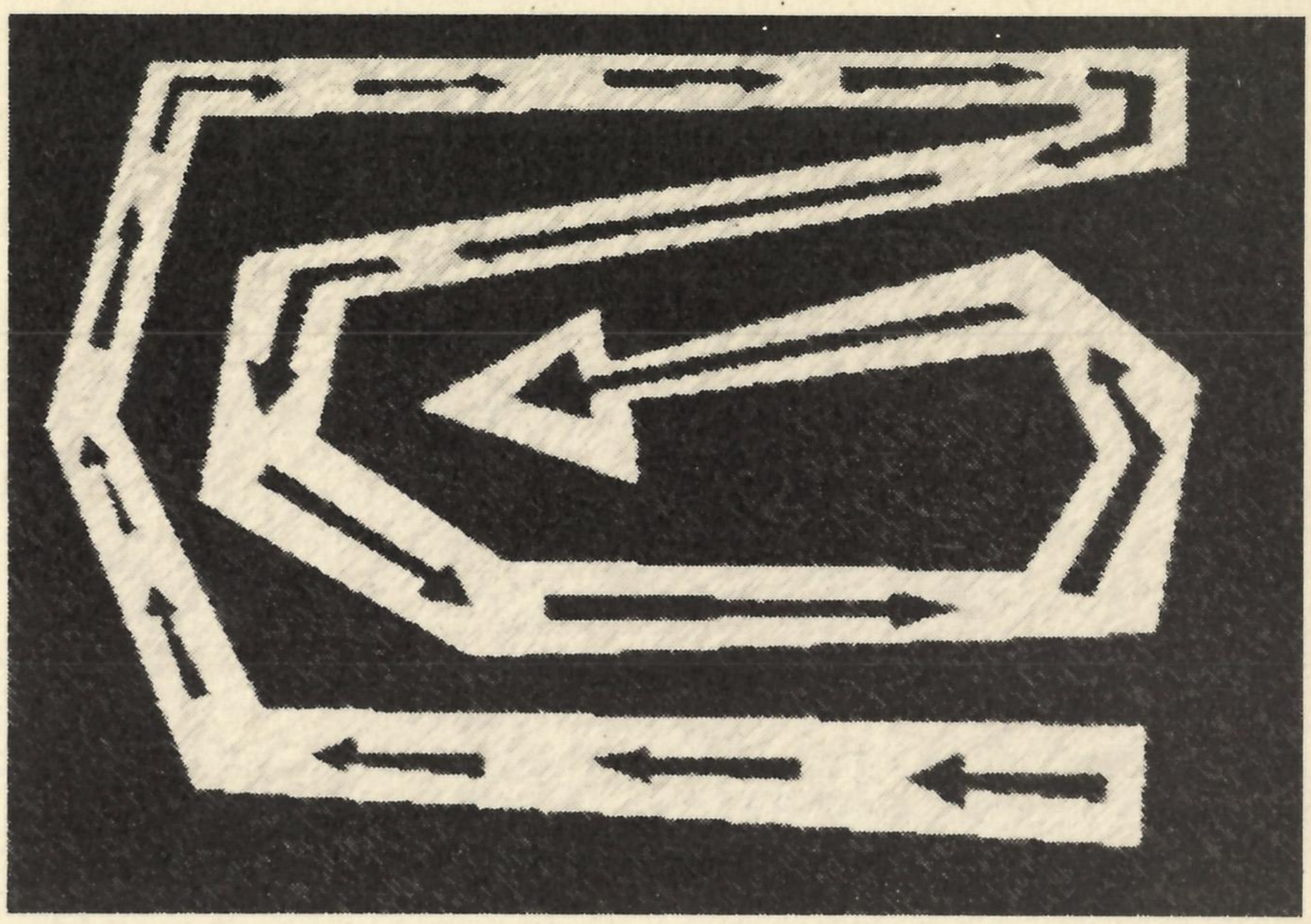
Parallel zu diesen Aktivitäten in der Produktions- und Verteilungssphäre könnten Stadtteilbüros gegründet werden, in denen die vom Sozialkahlschlag Betroffenen beraten werden, zugleich aber auch selbstorganisierte Netze der sozialen Kommunikation (lokale Radios und TV-Stationen) und der sozialen Aneignung aufbauen. Diese soziale Aneignung könnte man konkret – Gebührenboykott – , aber auch perspektivisch verstehen: Die Sozialfonds, Bildungseinrichtungen und das Gesundheitswesen sollten in kommunale Selbstverwaltung zurückgeholt werden, bevor sie vollends geplündert sind. Auch hier gibt es inzwischen erste Erfahrungen, beispielsweise aus Berlin und Ostdeutschland.

Weltweite Vernetzung

Wie aber könnten derartige lokale Initiativen miteinander in Kontakt treten? Als Brücke zwischen der lokalen Verortung und der weltweiten Vernetzung mit anderen Standortbewegungen könnten vor allem die Flüchtlinge und Migranten fungieren. Sie sind überall als kleinere oder größere Sozialgruppen präsent, und es dürfte nicht schwerfallen, ihre ohnehin schon bestehenden Kommunikationsstrukturen in das Gegenprojekt einzubeziehen, sofern sie an den jeweiligen Standorten geschützt und als gleichwertige Partner respektiert werden. Wenn es gelingt, beispielsweise die reichen Bremer Erfahrungen in der antirassistischen Flüchtlingsarbeit in eine lokal oder regional vernetzte Selbstorganisation einzubringen, dann wäre dies ein exemplarischer Schritt, der vielleicht auch andernorts vollzogen werden könnte. Mittelfristig sollte aber auch die Gründung global agierender Basisgewerkschaften – vor allem im Transport- und Kommunikationssektor – hinzukommen.

Von großer Bedeutung wäre es nun, diese drei Komponenten eines social movement unionism auf der jeweiligen Ebene einer lokalen beziehungsweise regionalen Agglomeration miteinander zu verknüpfen und parallel dazu durch die Netzwerke der Migranten und Flüchtlinge, aber auch durch den Auf- und Ausbau internationaler Transportarbeitergewerkschaften den globalen Kontext herzustellen.

Zu einem glaubwürdigen Gegenprojekt gehören aber auch Überlegungen und Vereinbarungen darüber, wie eine sozial



gerechte und egalitäre Welt in ihrem globalen Kontext durchzusetzen wäre. Zweifellos kann eine ernsthafte Alternative gegen die neokonservative Zurichtung der Welt nur aus ihren lokalen und durch die Migranten und Transport- und Kommunikationsarbeiter vernetzten Gegenbewegungen hervorgehen. Aber diese Einsicht macht die seit einigen Jahren forcierten Bemühungen um weltweite Gegenforen und die in diesen Kontexten beispielsweise bei ATTAC entstandenen Modelle für globale Alternativen nicht gegenstandslos. Sie sollten allerdings über ihre punktuellen Ansätze (Tobin-Steuer) hinausgetrieben und systematisiert werden. Ein Schritt dazu wäre die Auflistung der wichtigsten Probleme, die nur noch auf Weltebene gelöst werden können, und das Nachdenken über mögliche Lösungsansätze zur Umsetzung. Hier muß ich mich mit ein paar schlagwortartigen Hinweisen begnügen.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört zweifellos eine sofortige weltweite Abrüstung und die Auflösung aller Armeen. Parallel dazu müßten die internationalen Finanzmärkte liquidiert und ein globales monetäres Restrukturierungsprogramm mit transkontinental egalisierender Tendenz aufgelegt werden. Darüber sollte jedoch nicht die Dringlichkeit der Überleitung des Know-how der internationalen Rohstoffkonzerne und Energiekartelle zur Ingangsetzung eines egalisierenden und zugleich ökologisch orientierten Weltenregieprogramms übersehen werden. Von großer Bedeutung wäre auch die Entmachtung des internationalen Agro-Busineß und die Entwicklung eines egalisierenden globalen Agrarprogramms. Daß auch die Oligopole und Kartelle der Informations- und Medientechnologie durch global greifende Technologieprojekte mit egalisierender Tendenz zu ersetzen wären, versteht sich von selbst. Innerhalb der Internet- und Linux-Kultur gibt es ja durchaus Ansätze in diese Richtung. Das ist eine sehr unvollkommene Liste, die lediglich die Bedeutung dieser Reflexionsebene unterstreichen soll.

Auf welcher institutionellen Ebene sollte man aber ansetzen? Ich denke, daß es sich lohnen würde, jene Weltinstitutionen zu studieren, die in den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs von den Alliierten geschaffen wurden. Zweifellos sind sie in der Folgezeit durch den Kalten Krieg und bei der Bekämpfung der Befreiungsbewegungen der Drei Kontinente bis zur Unkenntlichkeit deformiert sowie in den vergangenen zwei Jahrzehnten zur Initiierung der »Schocktherapien« des globalen Sozialkahlschlags mißbraucht worden. Wenn wir davon aber abstrahieren und uns diese Modelle – vor allem IWF, Weltbank und Vereinte Nationen – in ihrer ursprünglichen Konzeption ansehen, dann erscheinen sie als durchaus brauchbare Ausgangspunkte: Als Ausgangspunkte wohlgemerkt, die durch eine kollektive Repräsentation der global vernetzten Alternative demokratisiert und in Instrumente einer weltweit greifenden sozialen und wirtschaftlichen Egalisierung umgewandelt werden müssen. Sie könnten dann als Dachkonstruktion eines föderativ-egalitären Projekts angesehen werden, das den Globus umspannt und das immer stärker zur Barbarei tendierende neokonservative Projekt beendet.

Das alles sind nur erste Überlegungen. Jedoch sprechen gewichtige Annahmen dafür, daß es drei wesentliche Elemente sein werden, die geeignet sein könnten, eine realistische Gegenperspektive mit Leben zu füllen: Erstens die Maulwürfe der sozialen Gegenbewegungen in den Agglomerationen, zweitens die Netzwerke der Migranten sowie die Aktivisten einer weltweit agierenden gewerkschaftlichen Basisbewegung, und drittens die »organischen Intellektuellen«, die in diesen Netzwerken verankert sind und auf den globalen Gegen-Foren über die Wege zu einer sozial gerechten und egalitären Welt nachdenken.

In diesem Sinn sollten wir gemeinsam an die Arbeit gehen – skeptisch und vorsichtig, aber auch im Vertrauen darauf, daß eine Wende zu sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit grundsätzlich möglich ist.

Infos und Veranstaltungen zu den Aktionen gegen das Gebirgsjägertreffen in Mittenwald

Seit 1952 treffen sich alljährlich zu Pfingsten im bayrischen Mittenwald Wehrmachtsveteranen und aktive Bundeswehrsoldaten, um vergangene und aktuelle Fronterlebnisse abzufeiern.

Dem haben wir etwas entgegenzusetzen:

Do. 25.03 **Mobilisierungsveranstaltung** zum Gebirgsjägertreffen im bayrischen Mittenwald, mit Infos & Film,20 Uhr, Infoladen Bremen, St.PauIi-Str. 10-12, 28203 Bremen

Do. 22.04 **Veranstaltung mit BarbaraSchäuble (Berlin)** Vortrag mit Diskussion zum Thema **„Was bedeutet Mitten wald? Zwischen Tradition und Denunziation?"** Fragen an eine linke Geschichtspolitik.
Veranstaltung von: Angreifbare Traditionspflege Bremen, Antifa. Komitee,AAGB
20 Uhr Infoladen Bremen, St.Pauli-Str.13-22, 28203 Bremen

S a.24.04 **Soliparty im SWH**, Sielwall, 22Uhr

Do. 29.04 „Nicht nur in Kommeno...." Kriegsverbrechen der deutschen Gebirgsjäger in Frankreich. In formations- und **Diskussions veranstaltung mit Stephan Strake (Wuppertal)** und Infos zu den Gegen veranstaltungen.
Veranstaltung von: Angreifbare Traditionspflege Bremen, Antifa. Komltee,AAGB
20 Uhr Paradox, Bernhardstr.6, 20203 Bremen

01.18.05 **letztes Vorbereitungstreffen.** Infoladen Bremen, 20 Uhr

Es wird auch dran Jahr einen Bus von Bann aus geben. Achtet auf Ankündigungen und besucht zahlreich die Veranstaltungen.

Infos und Kontakt:wwv.nadir.org/kampagnen/mittenwald, alpenglühen2003@gmx.net

Traditionspflege angreifen - Kein Vergeben - kein Vergessen!

zu wieviel prozent bin ich ein tier?
kann ich noch fahren?
wie gut ist mein versteck?
weiß ich alles über mich?
könnte man mich in einem guten film gebrauchen?
warum leistet sich die erde den luxus mich zu haben?

crush hour concerts präsentiert:

Erst mal eine wichtige Korrektur: Der 8. April ist ein Donnerstag, und kein Freitag, wie wir auf der ersten Version unseres Plakats geschrieben haben. tja, layoutet, gedruckt und verklebt, und keineR von uns hats gemerkt. peinlich, peinlich.

Wir freuen uns schon mächtig, vor allem weil die Hälfte von uns selber auf der Bühne steht. Presence of Mind sind vier Frauen und bieten melodiösen hardcore. Als die neulich beim SchülerInnen-Bündnis-Festival gespielt haben hab ich mich gefühlt wie vor 15 jahren beim Jingo de Lunch konzert...ziemlich gut also wollte ich damit sagen. so tollen Hardcore hab ich lange nicht mehr gehört. Sie schreiben auf ihrer Webseite „Gesang, Gebrüll und Frauenpower“ ...super, was gibts da noch zu sagen?
Gespannte Vorfreude gibts auch auf auf Klezcore mit ihrem Krach-Klezmer mit Klarinette.

Das Crush-Hour-Festival am 21. Mai verspricht wieder nur das Beste: zu den lokalen HeldInnen aus der Konzertgruppe gibt es die grandiosen Lushus aus Holland. Zwei Bassistinnen und ein Schlagzeuger und tolle Texte auf Niederländisch, Deutsch und Englisch. Punkrock und Kinderlieder.

Am 10. Juni kommen mal wieder Vialka aus Tschechien, diesmal mit einer Punkband aus China... wir sind gespannt.

weiterhin viel spass wünschen eure crushies

Der Meister der Metamorphose

aus den LateinamerikaNachrichten

Ecuadors Präsident Lucio Gutierrez hat sich seine früheren Koalitionspartner zu Feinden gemacht. Wortbrüche, Skandale, die Weiterführung des neoliberalen Wirtschaftskurses und das Koalitionsende mit den Parteien der Indigenas und der linken MDP haben das erste Amtsjahr des Ex-Oberst Lucio Gutierrez in Ecuador gezeichnet. Gewann er die Wahlen noch mit hehren Versprechen und linksradikalem Profil, könnte der Präsident nur ein Jahr später nicht konservativer agieren. Auf Kosten der EcuadorianerInnen und besonders zum Zorn der indigenen Bevölkerung, die sich betrogen fühlt und nun mobil macht.

Der einst rebellisch auftretende ecuadorianische Präsident Lucio Gutierrez hat in den ersten l 3 Monaten seiner Amtszeit einiges von seinen Amtskollegen aus den Nachbarländern Peru und Kolumbien abgekupfert. Von dem Peruaner Alejandro Toledo die miserablen Umfragewerte und von Kolumbiens Präsident Uribe Velez die tiefe Ergebenheit gegenüber den USA und ihrer Regionalpolitik. Mit gerade einmal 15 Prozent Zustimmung innerhalb der Bevölkerung schloss Gutierrez sein erstes Jahr ab, was ihn zu einem der unbeliebtesten Präsidenten auf dem Kontinent macht.

Wie das? Gutierrez nannte Ecuador gegenüber US-Präsident Bush den „kleinen Bruder der USA" und strengte wie Uribe bilaterale Verhandlungen über eine Freihandelszone an, statt die südamerikanischen Handelsblöcke zu stärken.

Mehrere öffentliche Ämter hat Gutierrez mit Familienangehörigen besetzt, mit den einst verbündeten Indigena-Organisationen gebrochen und die neoliberalen Rezepte seiner gestürzten Vorgänger unbeirrt weiterverfolgt. Kurz gesagt: Gutierrez scheint wie viele Präsidenten vor ihm in die Galerie derer aufgenommen werden zu müssen, die Wahlversprechen links liegen gelassen und sich in Rekordzeit von einem Hoffnungsträger in eine herbe Enttäuschung verwandelt haben. Während diese jedoch meist aus dem konservativen Lager stammten, hat Gutierrez in dreister Weise sein politisches Erbe Lügen gestraft.

Bruch der Linkskoalition ★

„Gutierrez hat die Indigenas und alle EcuadorianerInnen getäuscht und verraten, die ihn in seiner Wahlkampagne unterstützt hatten", so Humberto Cholango, Präsident der Vereinigung des Quechua-Volkes. „Er hat versprochen, sich nicht in den kolumbianischen Konflikt einzumischen, die sozialen Investitionen in den Vordergrund zu rücken und sich gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik zu wehren. Er hat genau das Gegenteil gemacht." Bereits beim Amtsantritt am 15. Januar 2003 legte Gutierrez den Grundstein für den kommenden Bruch mit der indigenen Partei Pachakutik und der marxistischen Bewegung MPD (Demokratische Volksbewegung). Während die Linksparteien zwar die meisten Ministerämter übernahmen, besetzte Gutierrez Schlüsselpositionen wie das Finanz- und Außenhandelsministerium mit Personen, die eher eine neoliberale Linie verfolgen. Dadurch wurde die Kontinuität der Umsetzung des vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verschriebenen Fahrplans zur Finanzpolitik gewährleistet: Ausverkauf der natürlichen Ressourcen, um die seit 2000 eingeführte Dollarisierung und die hohen Schuldenzahlungen zu stützen.

Für den Soziologen und politischen Analysten Alejandro Moreno entstand somit eine Regierung, in der permanent Kämpfe ausgetragen wurden. „Ein Kräftemessen zwischen völlig gegensätzlichen Strömungen", so Moreno. Letztlich ausschlaggebend war die Position von Gutierrez, der sich dafür entschied, Distanz zu Pachakutik aufzubauen. Nach nur 204 Tagen Teilnahme an der Regierungverließen sowohl die linksorientierten Indigena-Vertreter als auch die MPD ihre Ministerposten, und die Koalition brach.

„Kleiner Bruder" der USA ★

Die Metamorphose von Lucio Gutierrez, der noch im Januar 2000 eine von Militärs und Indigenas geführte linke Revolte gegen die neoliberale Politik angeführt hatte (siehe LN 308), nahm ihren Lauf. „Der Präsident suchte sofort eine Allianz mit der rechtsorientierten Christlich-Sozialen Partei und begrüßte plötzlich die geopolitischen Visionen der USA und des kolumbianischen Präsidenten Uribe in Kolumbien", so Moreno.

Wie weit sich Gutierrez dabei von alten Positionen entfernt hat, zeigen seine vergangenen Stellungnahmen. Bei Interviews im Mai 200l forderte er als Ex-Oberst und im Stile eines militanten Linken „eine zweite Unabhängigkeit" und rief zum Kampf gegen den „Neokolonialismus der USA" auf. Sein ideologisches Konzept würde „auf einer nationalistischen, progressiven, humanistischen, gerechtigkeitsorientierten und revolutionären Tendenz basieren", so Gutierrez.

Knapp drei Jahre später ist davon nicht viel übrig geblieben. Für innenpolitischen Wirbel sorgte die Festnahme des hohen Kommandanten der kolumbianischen FARC-Guerilla Ricardo Palmera alias „Simon Tri-nidad" am 2. Januar im Zentrum der ecuadorianischen Hauptstadt Quito. US-amerikanische und kolumbianische Geheimdienstler hatten offenbar freie Hand im Land, um Guerilleros aufzuspüren und dingfest zu machen. Hatte sich Gutierrez noch vor Monaten gegen den Plan Colombia und die länderübergreifende Guerilla- sowie Drogenbekämpfung gewährt, scheint er nun diesen Widerstand wie viele andere Positionen aufgegeben zu haben.

„Wir wollen nicht, dass unsere strategischen Firmen verkauft werden. Wir wollen nicht unsere Währungssouveränität verlieren. Wir sind gegen einen Kompromiss Ecuadors im Plan Colombia, gegen eine Verletzung unserer Souveränität durch die US-Militärbasis in der Küstenstadt Manta, gegen die riesige Korruption in unserer Regierung".

Gutierrez 2003 auf dem Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre.
Gutierrez 2004: „Es ist notwendig, die öffentlichen Betriebe dem privaten Kapital zu öffnen und an der Dollarisierung festzuhalten." In Rekordzeit unterschrieb Gutierrez mit dem IWF einen Vertrag, der die Schuldenzahlungen garantiert und den Staat als Agent für die internationalen Gläubiger einspannt. Dadurch hat die Regierung das „Länderrisiko" für Ecuador auf internationalen Finanzplätzen zwar abstufen können, jedoch auf Kosten der Bevölkerung, die an den Folgen der Dollarwährung zu leiden hat. Die Handelsbilanz ist weiterhin negativ, einheimische Produkte sind im Ausland längst nicht mehr konkurrenzfähig. Der einzige „Glücksfall" für das Land ist der nach wie vor hohe Erdölpreis, der den Staat vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt hat.

Schmutzige Spende im Wahlkampf ★

Dass die Zahlungsunfähigkeit von Gutierrez selbst während seines Wahlkampfs kein Thema war, machte
ein im November enthüllter Skandal deutlich. Der damals noch gegen Korruption und Vetternwirtschaft eifernde Gutierrez unterhielt demnach enge Kontakte zu einem Familien-Clan, der in den Drogenhandel verwickelt war und ihm finanziell zur Seite stand. Wie der Präsident damit umging, steht symbolisch für sein erstes Amtsjahr.
Als ein Journalist ihn Ende November fragte, ob er zurück treten werde, wenn man ihm nachweisen würde, dass er sich mit Drogengeldern bezahlen ließ, zeigte sich Gutierrez kategorisch. „Natürlich. So bestimmt es das Gesetz und ich werde mich danach richten". Doch nur wenige Stunden später dementierte der Präsident seine Aussagen und attackierte scharf die einflussreiche Tageszeitung El Comercio, die ihn in Verruf gebracht habe. Das Blatt berichtete am 14. November, dass Gutierrez Partei Patriotische Gesellschaft 2 I. Januar während des Wahlkampfs 30.000 US-Dollar von der Familie Fernández Cevallos entgegen genommen habe. Der Skandal begann Ende Oktober, als die ecuadorianische Polizei in einer Großoperation das Familienmitglied Cesar Fernández festnahm. Der Schmuggel von einer halben Tonne Kokain wurde dem ehemaligen Gouverneur der Provinz Manabi, der Wochen zuvor laut Gutierrez noch „eine honorable Persönlichkeit" war, zum Verhängnis. Und auch dem Präsidenten. Fotos, die ihn mit Fernandez beim Wahlkampf zeigen sowie politische Veranstaltungen mit Angehörigen der Familie setzten Gutierrez und sein Kabinett gehörig unter Druck. Der Tourismusminister Hernän Plaza trat zurück, nachdem er zugeben musste, das Flugzeug von Cesar Fernández benutzt zu haben Analysten sahen den Auslöser der Krise weniger in der Tatsache der nur teilweise bewiesenen Verstrickungen der Regierungspartei, sondern vielmehr im verbalen Schlingerkurs von Lucio Gutierrez. „Der Präsident hat an Glaubwürdigkeit verloren, weil er die Kraft seines Wortes entwertet hat", meint der politische Berater Luis Eladio Proano. „Er spricht jeden Tag und überall, widerspricht sich, macht die Presse für seine verbalen Ausrutscher verantwortlich und begeht den großen Fehler, zuerst zu sprechen und sich erst danach zu informieren,"
Hatte erden Vorwurf der Zeitung zunächst als absolut falsch bezeichnet und El Comercio mit juristischen Schritten gedroht, schaltete Gutierrez einen Gang zurück, als bekannt wurde, dass der Informant der Zeitung aus seiner eigenen Partei stammte. „Es besteht die kleine Möglichkeit, dass jemand aus meiner Partei und hin-ter meinem Rücken Geld aus dem Drogenhandel angenommen hat", gab der Präsident Ende November zu.
„Sollte bestätigt werden, dass während des Wahlkampfs Drogengelder geflossen sind, sind die Tage des Präsidenten gezählt", meint Luis Torres von der Sozial-Christlichen Partei drohend. Zu einer ordentlichen Aufklärung des Falles kam es nie. Gutierrez organisierte sich Anfang Januar eine Parlamentsmehrheit mit den Mitte-Rechts-Parteien. Damit waren die vorerst zufrieden und somit ruhig gestellt.

Die Macht der Waffen ★

Das funktionierte aber nicht bei den Indigena-Organisationen. Am 23. Dezember trafen sich im Sitz des Indigena-Dachverbandes CONAIE, der enger Verbündeter von Gutierrez bei der Revolte im Jahr 2000 war, dutzende Gewerkschafter, Kleinbauernvertreter, Interlektuelle und linkspolitische Vertreter, um über mögliche Proteste gegen die Regierung zu beraten. Dabei wurde offen von der Möglichkeit gesprochen, den Präsidenten, wie schon etliche seiner Vorgänger, aus dem Amt zu jagen. Nach dem Austritt aus der Regierung hatten die indigenen Bewegungen zunächst ein halbes Jahr abgewartet und sich ruhig verhalten. In diesem Jahr scheint sich hingegen eine Protestbewegung gegen Gutierrez zu formieren, die ihn zu Fall bringen könnte, wenn er seine Politik nicht grundlegend ändert. Gutierrez hat es geschafft, die Armut im Land auf einen Rekordwert von 80 Prozent steigen zu lassen, statt grundlegende Reformen einzuleiten. Hat der Mindestlohn im Jahr 2000 noch für einen halben monatlichen Warenkorb für eine Person ausgereicht, kann heute damit nur noch ein Viertel der Grundversorgung gedeckt werden. Die Folge: verbreiteter Hunger unter der Bevölkerung und eine explosive Stimmung im Land, die wie schon in den neunziger Jahren zu Revolten und Aufständen führen kann.

Auf Konfrontationskurs ★

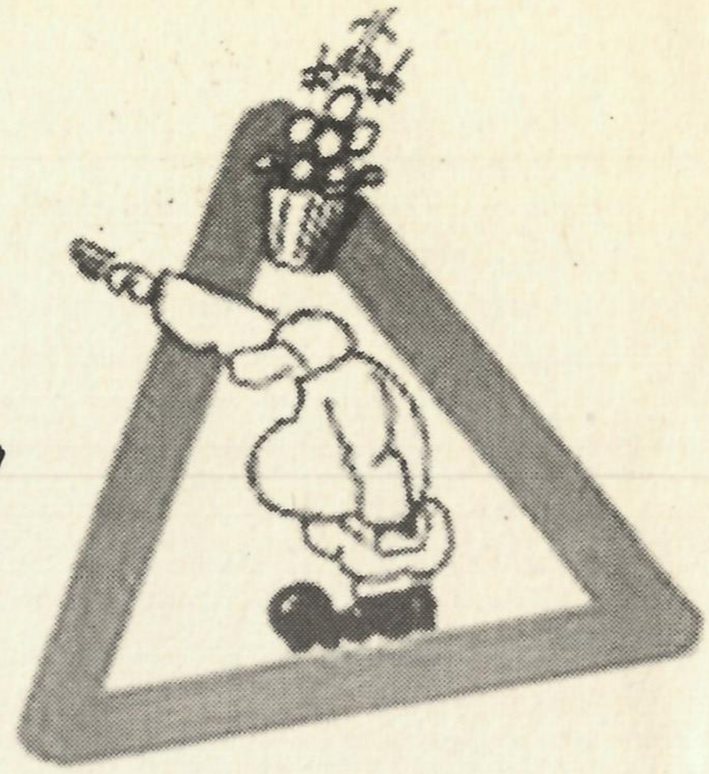
Offenbar scheint Gutierrez es aber auf eine Konfrontation anlegen zu wollen, mutmaßen die Indigena-Vertreter. So scheiterte etwa in der Nacht des I. Februar ein Attentat gegen den CONAIE-Präsidenten Leonidas Iza, als dieser von einer Konferenz gegen das kontinentale Freihandelsabkommen ALCAin Havanna zurückkam. Zwei Männer versuchten ihn erfolglosumzubringen und verletzten dabei seine Söhne und die Ehefrau. Die CONAIE machte die Regierung für das Attentat verantwortlich. Gilberto Talagua von der Pachakutik-Partei nannte „die diktatorischen und kriminellen Züge des Präsidenten" als Ursache für den Mordversuch. „Gutierrez selbst sagte, dass er allen Oppositionsgruppen die ganze Macht seiner Waffen zeigen werde", so Talagua. Der Pachakutik-Abgeordnete Ri-cardo Ulcuango ging noch weiter und unterstellte Gutierrez, paramilitärische Gruppen aufbauen zu wollen.
Demnach seien Napoleon Villa und Hernän Borba, Schwager und Cousin des Präsidenten, beauftragt worden, Sicherheitsfirmen und bewaffnete private Gruppen aufzubauen.

Protest ehemaliger Partner ★

Die Einschüchterungen zeigten keine Wirkung: Am 17. Februar riefen Indigena-Verbände zu landesweiten Straßenblockaden auf, die besonders im Tiefland den Verkehr lahm legten. Die Aktionen sollen solange weiter geführt werden, bis die Regierung eine Politikänderung einleitet oder Gutierrez zurücktritt. Ansonsten - so Leonidas Iza - werden die Indigenas bis in die Hauptstadt vordringen und Quito zunächst symbolisch besetzen.
Gutierrez dürfte wissen, was das für ihn bedeutet. Versöhnlich rief er an jenem 17. Februar zum Dialog auf und beschwor, seine „sozialpolitischen Schulden" dieses Jahr noch zu begleichen. Vielleicht zu spät.

Tommy Ramm

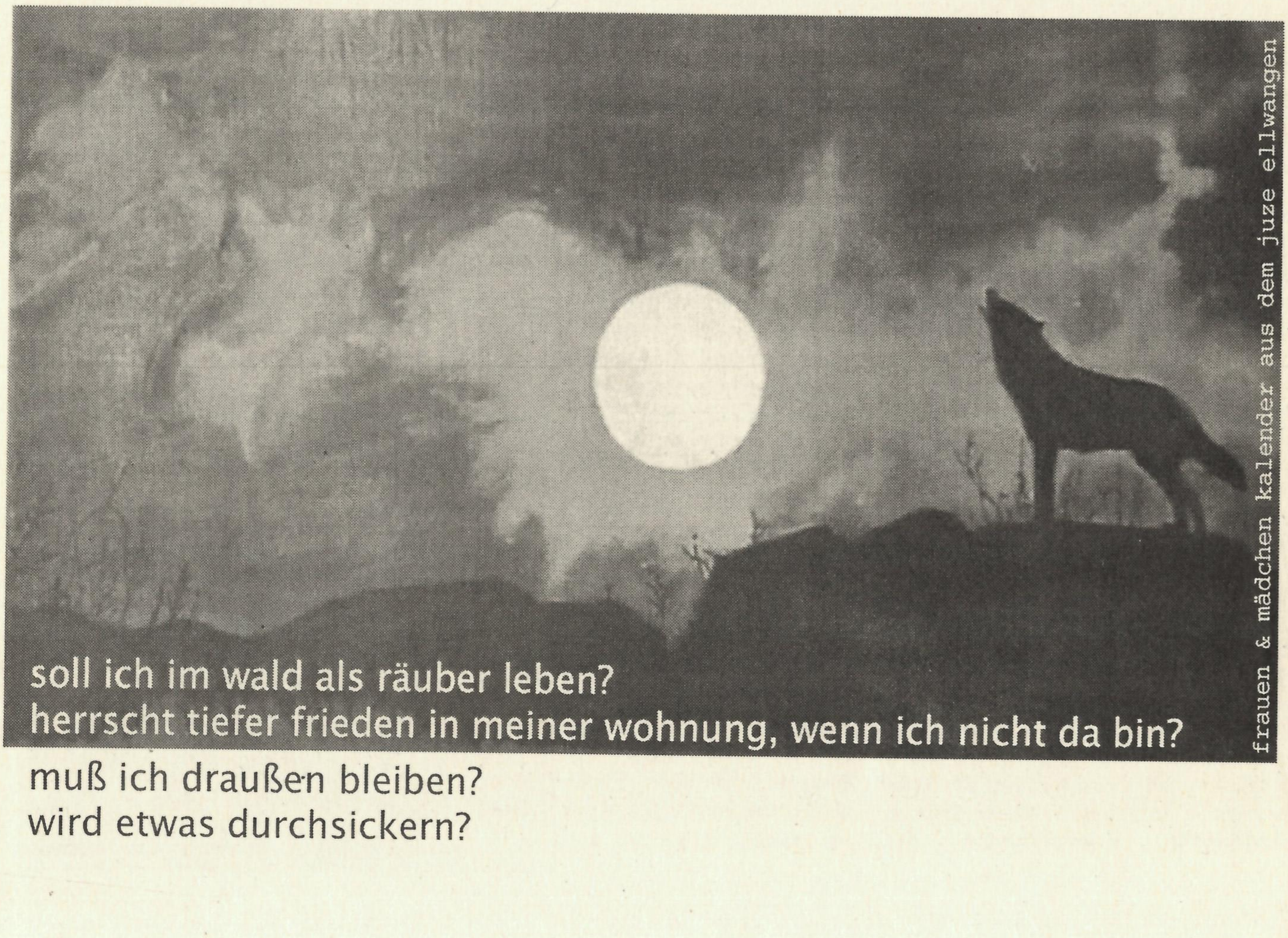
--- NPD- Aufmarsch in Wilhelmshaven ---



Am Samstag, den 20.3 marschierten ganze 71 Nazis durch die Straßen von Wilhelmshaven. Ein verregneter und windiger Tag. Ihre Route ging komplett um die Innenstadt. Ihr Startpunkt, der Valoisplatz, lag direkt neben der Nordseepassage. Die Innenstadt war, wie bereits in Osnabrück, vollkommen von der Polizei abgesperrt. Auf dem Weg zur Gegenkundgebung gab es mehrere Vorkontrollen. Eine etwa 100 Menschen zählende Reisegruppe besetzte Parolen-rufend einige Zeit die Bahnsteige, um die im Zug anreisenden Nazis zu stoppen. Nach kleineren Schubsereien gewann leider Team Green und die Antifas mussten den Bahnhof verlassen. Auf dem Gegen-Kundgebungsort fanden sich nach und nach etwa 1000 AntifaschistInnen ein.

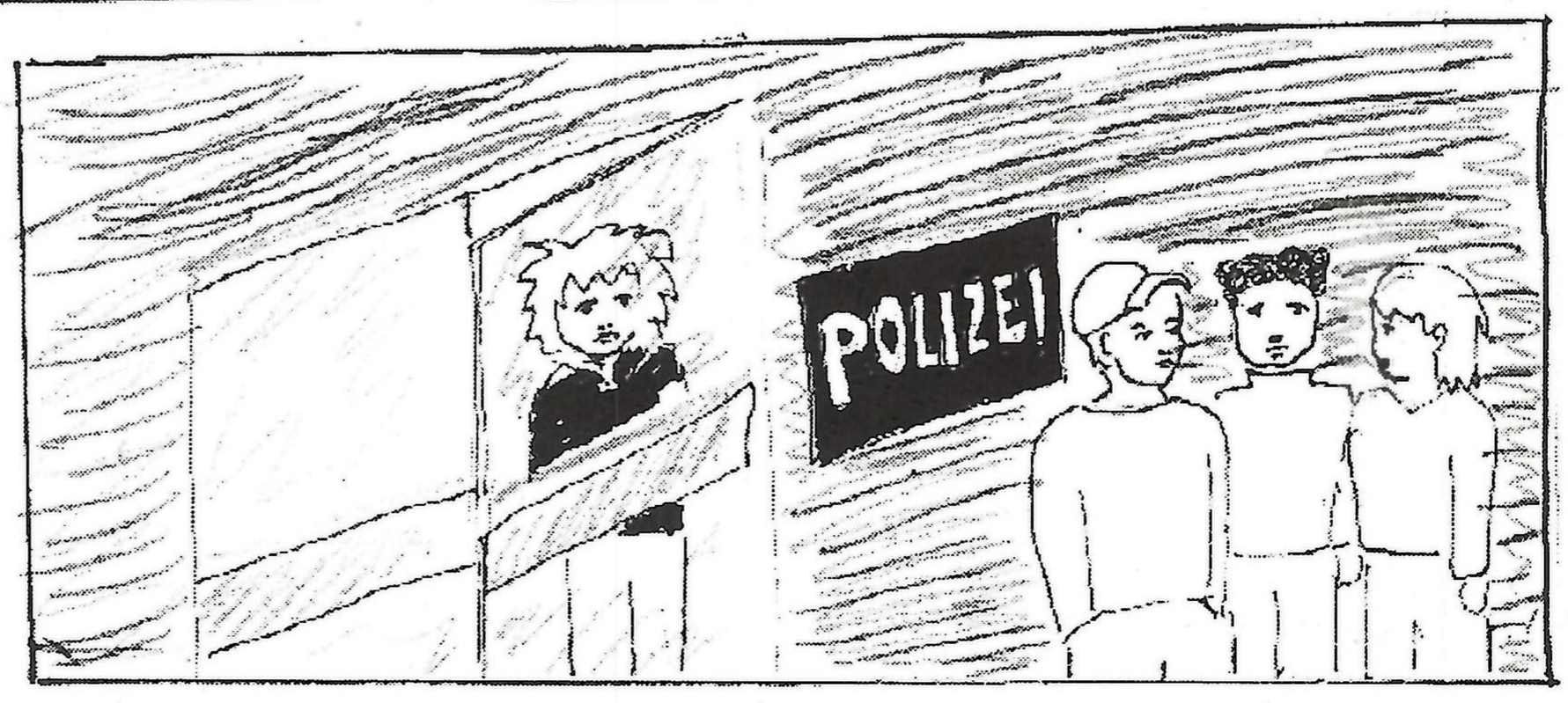
Die Einzigen, die es mit einem Transi auf die Naziroute schafften: GenossInnen der VVN

Nach Ende der Kundgebung mit guten Redebeiträgen begann das Übliche: mehrere hundert Menschen bewegten sich außerhalb und innerhalb der Innenstadt an den Bullensperren entlang, suchten Lücken zur Naziroute, und fanden sie auch manchmal. Um 13.20h setzte sich der jämmerliche Haufen Nazis in Bewegung. Über 2000 Bullen verhinderten jede massive Störaktion. Trotzdem flogen vereinzelt Gegenstände in Richtung der Nazis und an der gesamten Route entlang gab es lautstarken Protest von zeitweise mehreren hundert Menschen. Eine ganze Reihe AntifaschistInnen wurde kurzzeitig festgenommen und in der Innenstadt hagelte es Platzverweise.
Fazit: Ein kläglicher Auftritt der Faschos, die trotz brauner Starbesetzung (Thomas „Steiner" Wulff und Ulrich Eigenfeld als Redner) wenig Freude an diesem Aufmarsch hatten. Tausend GegendemonstrantInnen sind für eine 100.000der Stadt und Scheißwetter ein großer Erfolg, aber der direkte Widerstand fiel eher mager aus. Ob es an dem riesigen Bullenaufgebot oder an zu wenig Entschlossenen lag?



RECHTSHILFE

comix TEIL 8



April 04

Fr.	02.4.	20:00	'Querbeatdurch´Garten' mit : De´Rash & Utfehn # Dichtungsring vs F.B.R. # D.A.S.H. # D-fakt
Sa.	03.4.	22:00	Homophilias
Do.	08.4.	21:00	Crush Hour Concerts: Presence of Mind # Klezcore # Nefo Niek
Fr.	09.4.	22:00	Tanzfestivität- mieser Popschrott, anspruchsvole Breakbeats & eine Prise SKA
Sa.	10.4.	22:00	FrauenLesben Disco
So.	11.4.	22:00	Lesbischwule Oster-Party
Di.	13.4.	21:00	RedRedRed Konzert: Amical # Grizzly Twister
Do.	15.4.	21:00	Rock-Konzert: Black Cherry
Fr.	16.4.	21:00	Hip-Hop-Partisan-Konzert _mit: Babylon Inferno # Kaos & Tetsuo # Soliloquy # Koljah &TaiPhun
Sa.	17.4.	22:00	Männerfabrik
Do.	22.4.	22:00	Fachschafts-Party Sachunterricht
Fr.	23.4.	22:00	Reggae-Party
Sa	24.4.	22:00	Rosa Disco
Do.	29.4.	20:00	AK Kraak-Film: „Mate,Ton & Produktion“
Fr.	30.4.	23:00	Frequenz Techno-Party

alles für alle - und zwar umsonst!

1. Mai-Demo

12h # Kaiserstr./Hbf

Sa.	1.5.	14:00	Straßenfest
		22:00	Lesbischwule Mottoparty
Fr.	7.5.	22:00	Riddims and Classics 5
Sa.	8.5.	22:00	Techno-Party

regelmäßiges:

Mo. 18.00 Archiv
Mo. 18.00 Crush Hour Concerts
Mo. 20.30 Antifa - Cafe
Do. 17.00 Jugendcafe „Kaluppe“
Do. 18.00 SchülerInnenbündnis „Swimmy“
Do. 19.00 Vokü, danach Kneipe
Do. 21.00 Oldenburger Rechtshilfe

1. Mi.	20.00	FrauenLesben Kneipe
1. Do.	21:00	Jazz-Cafe
2. Do.	20.00	Politische Werkstatt
2. Fr.	20.30	NutzerInnenplenum